



universität
wien

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Bewertung der Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen den Iran: wegen
Menschenrechtsverletzungen

verfasst von | submitted by

Mehri Naderinia

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student record
sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

Abstrakt

Diese Masterarbeit untersucht die Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die iranische Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftspolitische Entscheidungen und das soziale Wohlergehen der Bevölkerung (insbesondere der Frauen). Der Schwerpunkt liegt auf der Analyse der Auswirkungen der Sanktionen – insbesondere der von den USA und der Europäischen Union verhängten – auf die Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Funktionsweise der Wirtschaftsinstitutionen im Iran.

Im ersten Kapitel wird der theoretische Rahmen der Arbeit dargelegt. Sanktionen werden als außenpolitisches Instrument beschrieben, mit dem Staaten zur Verhaltensänderung gezwungen werden sollen. In der Realität treffen sie jedoch oft die allgemeine Bevölkerung und lebenswichtige Wirtschaftssektoren am stärksten.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der theoretischen Grundlage und der bisherigen Forschung. Es werden verschiedene Arten von Sanktionen (wirtschaftlich, finanziell, technologisch usw.) sowie die Erfahrungen anderer Länder wie Kuba, Irak und Südafrika unter Sanktionen analysiert. Zudem wird auf Studien eingegangen, die die Auswirkungen von Sanktionen auf Inflation, Wechselkurse, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Lebensqualität beleuchten.

In Kapitel drei wird die angewandte Methodik erläutert. Die Untersuchung basiert auf einer Kombination aus quantitativer und qualitativer Forschung. Statistische Daten wurden aus nationalen und internationalen Quellen wie der iranischen Zentralbank, dem Statistischen Zentrum des Iran und dem Internationalen Währungsfonds erhoben und analysiert. Zusätzlich wurden Interviews mit Ökonomen und Handelsakteuren im Import- und Exportbereich durchgeführt, um auch persönliche und praktische Perspektiven einzubeziehen.

Kapitel vier widmet sich der Analyse der Ergebnisse. Die Daten zeigen, dass die Sanktionen zu einem drastischen Rückgang der Ölexporte, zu erheblichen Störungen bei der Einfuhr von Grundgütern und zu einem dramatischen Anstieg der Inflation geführt haben. Finanzielle und banktechnische Sanktionen haben das iranische Bankensystem von internationalen Netzwerken isoliert und die Kosten für Geldtransfers sowie den internationalen Handel stark erhöht. Die Interviews belegen ebenfalls, dass die Sanktionen erhebliche negative Auswirkungen auf den Lebensstandard insbesondere der Mittel- und Unterschicht haben.

Im fünften Kapitel werden politische Empfehlungen gegeben, um die negativen Folgen der Sanktionen zu minimieren. Dazu gehören die Stärkung der inländischen Produktion, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Nachbarländern und asiatischen Staaten, eine höhere wirtschaftliche Transparenz sowie die Entwicklung alternativer Finanzsysteme zur Umgehung von Sanktionen.

Die Arbeit betont auch die Notwendigkeit eines konstruktiven internationalen Dialogs und diplomatischer Lösungsansätze zur Aufhebung der Sanktionen. Zusammenfassend zeigt diese Arbeit, dass Sanktionen nicht nur ein politisches Druckmittel sind, sondern auch weitreichende soziale und wirtschaftliche Folgen haben. Diese reichen von wachsender Ungleichheit und Korruption bis hin zu einer allgemeinen Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die umfassende Analyse und die vorgeschlagenen Maßnahmen bieten politische Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger im Iran, um mit den Herausforderungen von Sanktionen strategisch umzugehen.

Inhalt

1. Einleitung.....	1
1.1 Hintergrund der Masterarbeit.....	1
1.2 Problemstellung.....	5
1.3 Die Ziele und Bedeutung der Masterarbeit.....	7
1.4 Fragenstellung.....	8
1.5 Struktur der Masterarbeit.....	9
2. Literaturübersicht.....	10
2.1 Historischer Kontext internationaler Sanktionen.....	10
2.1.1 Frühe Instanzen und Evolution.....	10
2.1.2 Nachkriegszeit und UN- Zeit.....	11
2.1.3 Der Kalte Krieg und seine Folgen.....	12
2.1.4 Das 21. Jahrhundert und der Aufstieg „intelligenter“ Sanktionen.....	13
2.1.5 Sanktionen im digitalen Zeitalter.....	15
2.2 Definition und Arten von Sanktionen	15
2.2.1 Definition von Sanktionen	15
2.2.2 Arten von Sanktionen.....	16
2.3 Globale Präzedenzfälle und Ergebnisse internationaler Sanktionen.....	17
2.3.1 Sanktionen gegen Südafrika (Apartheid- Zeit)	17
2.3.2 Irak-Sanktionen (1990s)	18
2.3.3 Atomsanktionen gegen den Iran.....	18
2.3.4 Nordkorea-Sanktionen.....	19

2.4 Menschenrechte im Iran: Eine historische Perspektive	19
2.4.1 Analyse vor und nach der Revolution	19
2.4.2 Internationale Beobachtungen und Berichte zu Menschenrechten im Iran.....	21
2.5 Die Entwicklung der Frauenrechte im Iran	24
2.5.1 Rechtliche und soziale Meilensteine.....	24
2.5.2 Frauenbewegungen und Aktivismus im Iran.....	27
2.6 Auswirkungen von Sanktionen auf Menschenrechte.....	29
2.6.1 Globale und regionale Perspektiven.....	30
2.6.2 Fallstudien und vergleichende Analyse der Auswirkungen von Sanktionen auf Menschenrechte	32
2.7 Theoretische Rahmenbedingungen für Sanktionen und Richtlinienänderungen.....	35
2.7.1 Wirtschafts - und politische Theorien zur Regelung von Sanktionen und Politikwechsel.....	35
2.7.2 Soziologische und Verhaltenstheorien zur Regelung von Sanktionen und Politikänderungen.....	41
3. Forschungsmethodik.....	44
3.1 Forschungsdesign.....	44
3.2 Stichprobe und Grundgesamtheit.....	44
3.3 Datenerhebungsmethoden.....	45
3.4 Datenanalyse	45
3.5 Gültigkeit und Zuverlässigkeit.....	46
3.6 Zeitplan.....	47
4. Ergebnisse und Analyse	48
4.1 Datenanalysestrategie.....	48

4.1.1 Thematische Analyse	48
4.1.2 Kodierung und Kategorisierung.....	49
4.2 Thematische Analyse der Interviews.....	44
4.2.1.Hauptthemen.....	50
4.2.1.1 Auswirkungen auf das tägliche Leben.....	50
4.2.1.2 Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung.....	52
4.2.1.3 Psychologische Auswirkungen.....	54
4.2.2 Perspektiven von politischen Entscheidungsträgern und Aktivisten.....	55
4.2.2.1 Politische Reaktionen auf Sanktionen.....	55
4.2.2.2 Aktivismus- und Interessenvertretungsbemühungen.....	57
4.2.2.3 Internationales Engagement.....	59
4.3 Analyse dokumentarischer Beweise.....	61
4.3.1 Richtliniendokumente.....	61
4.3.2 Medienberichte.....	63
4.4 Ergebnis der Umfrage.....	65
4.5 Interpretation der Befunde.....	73
4.5.1 Kontextualisierung mit Literaturrecherche.....	73
4.5.2 Neue Muster und Themen.....	74
5. Schlussfolgerung und Empfehlungen.....	75
5.1 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	75
5.2 Theoretische und praktische Implikationen	76
5.3 Einschränkungen der Studie.....	76
5.4 Empfehlungen.....	76

5.4.1 Politische Empfehlungen	76
5.4.2 Empfehlungen für Zivilgesellschaft und Interessenvertretung	77
5.5 Schlussbemerkungen	77
Referenzen.....	78
Fragebogenanhang.....	82

1. Einleitung

1.1. Hintergrund der Masterarbeit

Die Islamische Republik Iran, die 1979 nach einer erfolgreichen Revolution gegründet wurde, hat eine Geschichte, die eng mit Veränderungen im sozialen, politischen und internationalen Bereich verknüpft ist. Die Pahlavi-Dynastie wurde im Jahr 1979 durch die Revolution gestürzt, was zur Gründung eines theokratischen Staates unter der Führung von Ayatollah Ruhollah Khomeini führte (Abrahamian, 1982). Seitdem hat der Iran eine Reihe von Interaktionen mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit westlichen Ländern, erlebt, die von angespannten Auseinandersetzungen, Herausforderungen und Verhandlungen geprägt sind. Bei diesen Interaktionen ging es vor allem um kontroverse Themen wie die nukleare Entwicklung und die Menschenrechte. Einige Konsequenzen der Revolution waren die erheblichen Veränderungen der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frau. Die Gesetzgebung erfuhr erhebliche Änderungen, als die islamische Regierung versuchte, sie mit ihrem Verständnis des Scharia-Rechts in Einklang zu bringen (Osanloo, 2009). Das obligatorische Tragen des Hijab symbolisierte die gesellschaftlichen Veränderungen und bedeutete staatliche Autorität über die körperliche Autonomie von Frauen und ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum (Mahdi, 2004). Die Gesetze zu Familienrechten, Ehe und Scheidung wurden während der Revolution geändert, was zu einer Verringerung bestimmter Rechtsschutzmaßnahmen führte, die Frauen zuvor gewährt wurden (Mir-Hosseini, 2006).

Dennoch ist das Narrativ rund um die Frauenrechte im Iran nicht nur von Rückschritten geprägt. Im Laufe der Geschichte haben Frauen in verschiedenen Bewegungen stets eine zentrale Rolle gespielt und sich für mehr Rechte und eine stärkere Repräsentation eingesetzt. Im Jahr 2009 verzeichnete die Grüne Bewegung eine erhebliche Beteiligung von Frauen, wie Harris (2013) dokumentiert.

Darüber hinaus ist es erwähnenswert, dass Frauen im Iran erhebliche Fortschritte im Bildungsbereich gemacht haben und graduell sowohl im öffentlichen als auch im beruflichen Bereich aufgetaucht. Es

ist jedoch wichtig festzustellen, dass sie immer noch mit verschiedenen institutionellen Hindernissen konfrontiert sind (Karimi, 2017).

Ein weiterer Aspekt ist die Frage der nuklearen Ambitionen Irans, die die internationalen Beziehungen des Landes kontinuierlich erschwert und zu einer Eskalation der Spannungen geführt haben. Die internationale Gemeinschaft, angeführt von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, hat daraufhin eine Reihe von Sanktionen verhängt, die darauf abzielen, das iranische Atomprogramm einzuschränken. Die Verhängung dieser Sanktionen hatte gravierende Auswirkungen und wirkte sich auf mehrere Sektoren der iranischen Wirtschaft aus (Nephew, 2017).

Der Hauptzweck dieser Sanktionen bestand darin, gegen die nuklearen Aktivitäten Irans vorzugehen. Diesbezüglich ist es wichtig klarzustellen, dass diese Aktionen weitreichende Folgen für die gesamte iranische Gesellschaft hatten. Zumal können Sanktionen schwerwiegende Nachwirkungen auf Bevölkerungsgruppen, die sich bereits schon in einer prekären ökonomischen Lage befinden. In zahlreichen Fällen erfahren Frauen, die faktisch marginalisiert sind, eine unverhältnismäßige Belastung durch diese Schwierigkeiten (Vakil, 2011).

Der Zusammenhang zwischen internationalen Sanktionen und Frauenrechten ist komplex. Die durch die Sanktionen verschärften wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellen für zahlreiche iranische Frauen prinzipiell zusätzliche Herausforderungen dar. Einigen Wissenschaftlern zufolge zwang die erhöhte internationale Aufmerksamkeit, die teilweise aus den Sanktionen resultierte, Iran jedoch dazu, sich mit seiner Menschenrechtssituation zu befassen (Tahmasebi-Birgani, 2020).

Weitere Argumente lauten, dass Sanktionen der iranischen Regierung häufig die Möglichkeit boten, nationalistische Rhetorik zu verwenden und dadurch die Aufmerksamkeit von der Innenpolitik abzulenken, indem sie externe Bedrohungen und Zwänge hervorhoben (Salehi-Isfahani, 2015)

Bei der Erläuterung der Natur von Sanktionen sollte auch berücksichtigt werden, dass der Einsatz von Sanktionen durch eine Regierung als Instrument zur wirtschaftlichen oder politischen Nötigung anderer Regierungen in die Kategorie des wirtschaftlichen Drucks fällt, wie die Generalversammlung

der Vereinten Nationen bereits mehrfach in ihren Resolutionen hervorgehoben hat. Insbesondere wird betont, dass die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder als unzulässig gilt Resolution 27/21 des UN-Menschenrechtsrats (September 2014)

Grundsätzlich ist es oft ein schwieriges Unterfangen, die tatsächliche Motivation hinter den politischen Entscheidungen von manchen Staatsführungen, die sich für die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen andere Regierungen aussprechen, zu ermitteln; denn darüber hinaus besteht stets eine große Diskrepanz zwischen dem offiziellen Diskurs und den realen politisch-ökonomischen Zielsetzungen der „bestrafenden“ Länder.

Da Sanktionen im Völkerrecht als zulässige Handlung gelten, scheint es notwendig zu sein, nachzuweisen, dass die sanktionierende Regierung tatsächlich versucht, die Souveränitätsrechte der sanktionierten Regierung zu untergraben oder illegitime politische oder wirtschaftliche Privilegien zu erlangen.

Sanktionen können sich sowohl auf Regierungen als auch auf bestimmte Bürger oder Einzelpersonen beziehen, die an den illegalen Handlungen oder Richtlinien beteiligt sind, die zu den Sanktionen geführt haben. Daher können Sanktionen gegen Regierungen, Institutionen oder sogar bestimmte Personen in einem souveränen Staat verhängt werden.

Wenn Regierungen, Einzelpersonen oder Gruppen Handlungen begehen, die nach nationalem oder internationalem Recht als illegal gelten, können sie wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Sanktionen anderer Länder oder internationaler Institutionen unterliegen.

Wenn eine Regierung, eine Gruppe oder eine Einzelperson auf diese Weise eine Tat begeht, die illegal geworden ist, wird sie von der Regierung sanktioniert, was nicht leicht zu beweisen ist.

Gemäß der Definition des Grundsatzes der Nichteinmischung (Resolution 2625 der UN-Generalversammlung (1970) - Erklärung der Grundsätze des Völkerrechts), (Resolution 2131 der UN-Generalversammlung (1965) - Erklärung der Nichteinmischung) müssen die Rechte der Bürger in den Zielländern gewahrt bleiben:

„Intervention ist die Tätigkeit eines Landes, das sich in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischt, um dieses Land zu zwingen, etwas zu tun oder zu unterlassen. Das intervenierende Land handelt aus einer Machtposition heraus und versucht, seinen Willen durch Druck (politischer, wirtschaftlicher, psychologischer, militärischer usw.)

Auch ohne konkrete Regeln sollte der wirtschaftliche Druck eine Reihe von Grenzen nicht überschreiten und zumindest nicht gegen den landesüblichen Grundsatz der Nichteinmischung verstoßen. Es ist jedoch schwierig, eine klare Grenze zwischen dem legitimen wirtschaftlichen Eigeninteresse einer Regierung und dem illegalen Druck zu ziehen, den sie auf ein anderes Land ausübt. Aber dieser illegale Druck verstößt möglicherweise gegen den Grundsatz der Nichteinmischung.“ (Charles Rousseau, 1979:453)

In der Erklärung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1997 wurde betont, dass „die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bürger eines Landes, dessen Regierungsentscheidungen gegen internationale Friedens- und Sicherheitsnormen verstoßen haben, nicht beeinträchtigt werden sollten“ (Allgemeiner Kommentar Nr. 8 (1997): Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftssanktionen und der Achtung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte).

(Die Erklärung des Ausschusses der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1997 vom 9. Dezember 1997, in der die Notwendigkeit betont wird, die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bürger von Ländern zu wahren, deren Regierungen Entscheidungen getroffen haben, die gegen internationale Normen verstoßen Frieden und Sicherheit.)

(Allgemeiner Kommentar Nr. 8 (1997): Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftssanktionen und der Achtung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte).

In der Erklärung sollte klargestellt werden“, dass „keine Verletzung“ bei der Verhängung einseitiger Zwangsmaßnahmen gegen ein Land gleichbedeutend mit dem Recht auf wirksame Entschädigung ist,

und dass Regierungen das Sanktionsregime abschaffen sollten, wenn keine wirksame Entschädigung für Einzelpersonen oder Personen vorgesehen ist. Wenn das Ziel von Sanktionen nicht gegeben ist oder nicht ausreichend erscheint, ergreifen Sie entschlossene Maßnahmen.

Angesichts der gegensätzlichen Perspektiven ist es von entscheidender Bedeutung, eine wissenschaftliche Bewertung des Zusammenhangs zwischen internationalen Sanktionen und dem Status der Frauenrechte im Iran durchzuführen. Ziel dieser Masterarbeit ist es, die aktuellen Lücken in der vorhandenen Literatur zu schließen und ein umfassendes Verständnis zu liefern, das möglicherweise als Leitfaden für künftige diplomatische und politische Entscheidungsbemühungen dienen kann.

1.2 Problemstellung

Die Frage der Frauenrechte im Iran hat insbesondere seit der Revolution von 1979 immer wieder internationale Aufmerksamkeit und Besorgnis erregt. Die Einschränkungen, die Frauen in Bereichen wie persönlichen Freiheiten, gesetzlichen Rechten, politischer Beteiligung und Zugang zu bestimmten Berufssektoren auferlegt werden, haben diese Bedenken verstärkt (Esfandiari, 1997). Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf diese und andere Probleme im Iran, wie etwa das Atomprogramm, hat typischerweise die Form wirtschaftlicher und politischer Sanktionen angenommen (Katzman, 2019).

Obwohl Sanktionen mit der Absicht verhängt werden, Veränderungen herbeizuführen, mangelt es erheblich an Forschung zu den tatsächlichen Auswirkungen dieser Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran. Vorläufige Untersuchungen zeigen einen komplizierten Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Belastungen durch Sanktionen und den gesellschaftspolitischen Verhältnissen von Frauen. Einerseits können sich durch Sanktionen verursachte wirtschaftliche Nöte negativ auf Frauen auswirken und dadurch ihre prekäre Stellung in der Gesellschaft verschärfen (Nephew, 2018). Andererseits können Sanktionen Druck auf das iranische Regime ausüben, seine Haltung zu einer

Vielzahl von politischen Maßnahmen zu überdenken, einschließlich derjenigen, die die Rechte der Frauen betreffen (Maloney, 2015).

Sanktionen sind eines der Instrumente, um mit Menschenrechtsverletzungen umzugehen und deren Einhaltung sicherzustellen. Sanktionen gelten als Garant für die wirksame Durchsetzung der internationalen Menschenrechte, da in der internationalen Gemeinschaft der Einsatz von Zwangsgewalt und zwingender Gerichtsbarkeit zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen nach innerstaatlichem Recht nicht vorgeschrieben ist.

Trotz der häufigen Anwendung von Sanktionen durch einige Regierungen und internationale Organisationen wurde die Legitimität oder Illegitimität dieser Maßnahme im Völkerrecht immer von unterschiedlichen Ansichten begleitet.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Art der Sanktionen hängen auch mit internationalen Kategorien zusammen. In vielen europäischen Ländern oder westlichen Ländern oder im globalen Norden Ländern werden Sanktionen oft als Mittel definiert, um die Einhaltung internationaler Regeln, einschließlich der Menschenrechte, insbesondere in Ländern des Globalen Südens und Schwellenländern, sicherzustellen. Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass diese Sichtweise nicht einheitlich ist und zwischen verschiedenen Ländern des Globalen Nordens variieren kann, da die politischen und wirtschaftlichen Interessen dieser Länder ihre Haltung zu Sanktionen maßgeblich beeinflussen.

Darüber hinaus besteht die Sorge, dass sich Sanktionen als zweischneidig erweisen. Nationalistische Rhetorik und Widerstand gegen externen Druck könnten zu weiteren Einschränkungen der Frauenrechte führen (Harris, 2014). Sie könnten zwar politische Reformen anstoßen, aber auch Hardliner-Positionen festigen, was zu weiteren Einschränkungen der Frauenrechte führen würde.

Daher ist eine umfassende Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran erforderlich. Das Verständnis dieses Zusammenhangs ist nicht nur für politische Entscheidungsträger, die über die Anwendung oder Aufhebung von Sanktionen entscheiden,

von entscheidender Bedeutung, sondern auch für Menschenrechtsaktivisten und Organisationen, die sich für die Rechte der Frauen in der Region einsetzen möchten.

1.3 Die Ziele und Bedeutung der Masterarbeit

Ziel der Masterarbeit ist es, die Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen Iran, insbesondere im Hinblick auf die damit einhergehenden Verletzungen der Frauenrechte, gründlich zu untersuchen. Ziel der Forschung ist es, Licht auf das komplexe Zusammenspiel zwischen internationalem Druck und innerstaatlicher Politik zu werfen, indem sie sich dem Thema aus einer multidisziplinären Perspektive nähert, die Politikwissenschaft, Wirtschaft und Geschlechterforschung einbezieht. Die konkreten Ziele der Masterarbeit sind folgende:

- Um die Entwicklung der Frauenrechte im Iran zu untersuchen, indem wir bis in die vorrevolutionäre Zeit zurückgehen und wichtige Meilensteine nach 1979 analysieren.
- Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen internationaler Sanktionen gegen den Iran und Verständnis der Auswirkungen auf die allgemeine Bevölkerung, mit Schwerpunkt auf Frauen.
- Untersuchung der politischen Veränderungen oder Anpassungen durch die iranische Regierung in Bezug auf Frauenrechte nach der Verhängung von Sanktionen
- Bewertung der Reaktionen der Zivilgesellschaft auf internationale Sanktionen, insbesondere von von Frauen geführten Bewegungen und Organisationen
- Untersuchung der Sichtweise der internationalen Gemeinschaft auf die Wirksamkeit von Sanktionen bei der Förderung der Frauenrechte im Iran

Ziel der Masterarbeit ist es, durch diese Ziele ein umfassendes Verständnis des Zusammenhangs zwischen internationalen Sanktionen und Frauenrechten im Iran zu vermitteln und so sowohl zum akademischen Diskurs als auch zur Politikformulierung beizutragen.

Die Schnittstelle zwischen internationalen Beziehungen, Geschlechterstudien und Politikanalyse ist für die Untersuchung der Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran von

wesentlicher Bedeutung. Die Auswirkungen von Sanktionen als Instrument der Außenpolitik haben in wissenschaftlichen Kreisen große Aufmerksamkeit erhalten.

Eine detaillierte Untersuchung darüber, wie sich diese Maßnahmen auf die Rechte der Frauen auswirken, insbesondere in einem geopolitisch so bedeutsamen Land wie dem Iran, schließt jedoch eine entscheidende Lücke in der Literatur (Hufbauer et al., 2007). Die Wirksamkeit und die ethisch-moralische Vertretbarkeit von Sanktionen werden von politischen Entscheidungsträgern auf der ganzen Welt häufig diskutiert. Das Verständnis ihrer konkreten Auswirkungen auf die Menschenrechte, im Besonderen auf benachteiligte Gruppen wie Frauen, kann wertvolle Erkenntnisse für zukünftige politische Entscheidungen liefern und die Entwicklung fundierterer und differenzierterer Strategien ermöglichen (Drezner, 2011). Diese Studie soll dazu beitragen, die Narrative, Kämpfe und Bestrebungen iranischer Frauen zu verstärken, die in den geopolitischen Mainstream-Diskussionen häufig im Schatten stehen (Moghadam, 2002).

1.4 Fragenstellungen

- Historischer Kontext: Wie haben sich die Rechte der iranischen Frauen im Zeitraum zwischen der vorrevolutionären Periode und heute entwickelt, und welche Primärdokumente, Gesetze und Expertenanalysen veranschaulichen diese Veränderungen am besten?
- Wirtschaftliche Auswirkungen der Sanktionen: Welche Wirtschaftssektoren sind am stärksten von den internationalen Sanktionen im Iran betroffen und wie wirken sich diese wirtschaftlichen Herausforderungen konkret auf das Leben und die Rechte der Frauen im Land aus?
- Politische Reaktionen: Welche erkennbaren politischen Veränderungen oder Anpassungen hat die iranische Regierung in Bezug auf die Rechte der Frauen nach der Verhängung internationaler Sanktionen vorgenommen, und wie spiegeln sich diese Änderungen in politischen Dokumenten, offiziellen Erklärungen und Medienberichten wider?
- Basisbewegungen: Wie haben von Frauen geführte Bewegungen und Organisationen innerhalb der Zivilgesellschaft auf internationale Sanktionen reagiert und sich daran angepasst, und welche Rolle

spielten diese Basisorganisationen bei der Befürwortung spezifischer Frauenrechtspolitikern oder gegen diese?

1.5 Struktur der Masterarbeit

Diese Masterarbeit zeichnet sich durch eine methodische Strukturierung aus, die die kohärente Entwicklung von Argumenten und Analysen über die Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen Iran, insbesondere in Bezug auf die Verletzung von Frauenrechten, gewährleistet.

Kapitel 1 bietet einen umfassenden Überblick über die Frauenrechte-Problematik. Der Text untersucht den historischen Kontext, konkretisiert die Ziele der Masterarbeit und betont ihre wissenschaftliche und praktische Bedeutung.

Kapitel 2 integriert den bestehenden Forschungsstand zu internationalen Sanktionen, Menschenrechtsverletzungen im Iran und die besondere Entwicklung der Frauenrechte im Land.

Kapitel 3 bietet eine umfassende Erläuterung der Forschungsmethodik. Es beinhaltet eine gründliche Diskussion des Forschungsdesigns, der spezifischen untersuchten Bevölkerungsgruppen, der für die Datenerhebung und -analyse verwendeten Methoden sowie der Schritte, die unternommen werden, um die Gültigkeit und Zuverlässigkeit der Ergebnisse sicherzustellen.

Im Kapitel 4 werden die empirischen Erkenntnisse vorgestellt und einer eingehenden Analyse unterzogen.

Kapitel 5 untersucht die wichtigsten Ergebnisse und reflektiert ihre umfassenderen Auswirkungen auf Politik, Diplomatie und Gesellschaft.

2. Literaturübersicht

2.1 Historischer Kontext internationaler Sanktionen

Das Konzept internationaler Sanktionen als zentrales Instrument im Bereich der globalen Diplomatie und der internationalen Beziehungen hat sich im Laufe der Jahrhunderte erheblich weiterentwickelt.

2.1.1 Frühe Instanzen und Evolution

Die früheste dokumentierte Anwendung von Sanktionen geht auf das antike Griechenland zurück, insbesondere auf das von Athen im Jahr 432 v. Chr. erlassene megarische Dekret, wie der Historiker Thukydides in seinem Werk „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ feststellte (Thukydides: Der Peloponnesische Krieg. Hrsg. und übersetzt von Helmuth Vretska und Werner Rinner, Reclam, Stuttgart 2000).

Dieses Dekret, im Wesentlichen ein Embargo, wurde als Reaktion auf Konflikte mit dem Stadtstaat Megara verhängt (Hamilton, 1979).

Das 20. Jahrhundert markierte eine bedeutende Zeit für die Entwicklung von Sanktionen. Der nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Völkerbund (10. Januar 1920 in Genf, Schweiz) gehörte zu den ersten internationalen Organisationen, die den geregelten Einsatz von Sanktionen als Mittel zur Durchsetzung des Völkerrechts und zur Abschreckung vor Aggressionen versuchten. Ein bemerkenswertes Beispiel waren die Sanktionen gegen Italien im Jahr 1935 nach der Invasion in Abessinien (heute Äthiopien und Eritrea), obwohl diese aufgrund der schlechten globalen Koordination weitgehend als unwirksam angesehen wurden (Woolf, 1938).

2.1.2 Nachkriegszeit und UN- Zeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der Gründung der Vereinten Nationen (24. Oktober 1945), erhielten die Sanktionen einen strukturierteren und multilateraleren Charakter.

Die UN-Charta¹ enthielt in den Artikeln 41 und 42 ausdrücklich Bestimmungen zu Sanktionen, die als Maßnahmen außerhalb eines bewaffneten Konflikts zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gedacht waren (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.: Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs, S. 28-29. Link: <https://dgvn.de/publications/PDFs/Sonstiges/Charta-der-Vereinten-Nationen>.)

Die Sanktionen gegen Südrhodesien im Jahr 1966 wegen seiner einseitigen Unabhängigkeitserklärung stellten einen der ersten großen Testfälle der von der UN verhängten Sanktionen dar (Clapham, 2007).

Proklamation der Republik Rhodesien

Südrhodesien (heute Simbabwe), eine ehemalige britische Kronkolonie, erklärte am 11. November 1965 einseitig seine Unabhängigkeit. Dieses Vorgehen stieß auf breite internationale Opposition und wurde von keinem Land offiziell anerkannt. Allerdings konnte die Regierung von Südrhodesien informelle Unterstützung und Zusammenarbeit von der Apartheidregierung Südafrikas und portugiesischen Kolonien wie Mosambik erhalten.

Am 12. November 1965, einen Tag nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, gab der südafrikanische Premierminister Hendrik French Verwoerd eine öffentliche Erklärung ab, in der er ausdrücklich erklärte, dass sein Land friedliche Beziehungen zu allen Nachbarländern pflegen solle,

¹ Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Ziele, Organisation und Arbeitsmethoden der Vereinten Nationen und ihrer angeschlossenen Institutionen definiert. Dieses Dokument steht im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Der Text der Charta der Vereinten Nationen wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco am Ende der UN-Konferenz von 50 der ursprünglich 51 Länder unterzeichnet (Polen nahm an der Konferenz nicht teil) und trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Heute haben es 193 Länder unterzeichnet und die Einhaltung seiner Bestimmungen ist für alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichtend. Im Text der Charta wird ausdrücklich betont, dass die Bestimmungen der Charta Vorrang vor allen anderen internationalen Vereinbarungen haben. <https://dgvn.de/publications/PDFs/Sonstiges/Charta-der-Vereinten-Nationen>.)

und verhängte internationale Sanktionen gegen Südrhodesien, eine Entscheidung, die zur Industrialisierung der Agrarwirtschaft des Landes führte.

Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen sieht im Rahmen des Kapitels VII die Möglichkeit vor, Sanktionen bei Bedrohungen oder Brüchen des Weltfriedens sowie bei Angriffshandlungen zu verhängen. Zwischen 1945 und 1990, also während der gesamten Dauer des Kalten Krieges, machte der Sicherheitsrat jedoch nur einmal von dieser Bestimmung Gebrauch – und zwar im Fall des rassistischen Regimes in Südrhodesien. Im Jahr 1948 wurde das Apartheidregime in Südafrika eingeführt. Grundlage dieser Sanktionen waren laut Sicherheitsrat Menschenrechtsverletzungen und Machtmissbrauch. Mit anderen Worten: Der Sicherheitsrat stellte erstmals einen Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit her.

2.1.3 Der Kalte Krieg und seine Folgen

Der Kalte Krieg (1991–1945) begann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und war eine politische, wirtschaftliche und militärische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Diese Spannungen führten nicht zu direkten Kriegen, sondern zu Stellvertreterkonflikten, Wettrüsten (wie dem nuklearen Wettrüsten) und ideologischen Konflikten zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Der Kalte Krieg in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren ging mit wichtigen Veränderungen in der Sowjetunion und der Welt einher, mit Gorbatschows Reformen in der Sowjetunion (wie Glasnost- und Perestroika-Politik) und dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989. Schließlich endete 1991 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Kalte Krieg und eine neue Weltordnung wurde etabliert.

Nach dem Kalten Krieg kam es zu einer Verschiebung der globalen Machtverhältnisse. Infolgedessen wurden Sanktionen zunehmend nicht nur für strategisch-geopolitische Zwecke oder für die Unterstützung demokratischer Übergänge eingesetzt, sondern vielmehr auch um gegen Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Ländern bzw. gegen deren nukleare Programme

anzugehen. Genau dies war der Fall im Kalten Krieg während des Kampfes gegen das südafrikanische Apartheid-Regime und ebenso während der Balkankriege im ex-Jugoslawien (beide Fälle Anfang der 1990er Jahre) (Cortright und Lopez, 2000).

Warum kam es zum Kalten Krieg?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Welt in zwei Machtblöcke geteilt:

- Westblock unter der Führung Amerikas und seiner Verbündeten (kapitalistische Länder und liberale Demokratie).
- Von der Sowjetunion geführter Ostblock (mit kommunistischer Ideologie).

Diese beiden Mächte hatten völlig unterschiedliche Ansichten über Regierungsführung und Wirtschaft. Die Sowjetunion versuchte, den Kommunismus in der Welt zu verbreiten, während die Vereinigten Staaten und westliche Länder Kapitalismus und Demokratie verteidigten. Diese Unterschiede führten zu einem umfassenden und langen Wettbewerb.

Während des Kalten Krieges wurden Sanktionen zu einem gängigen Mittel im Arsenal der Supermächte. Die USA und die Sowjetunion nutzten sie häufig, um Einfluss auszuüben und Feinde oder ungehorsame Verbündete zu bestrafen. Nach dem Kalten Krieg kam es zu einem Wandel, in dessen Verlauf Sanktionen zunehmend nicht nur aus strategischen oder geopolitischen Gründen eingesetzt wurden, sondern auch, um Menschenrechtsverletzungen, die Verbreitung von Atomwaffen und die Unterstützung demokratischer Übergänge anzusprechen, wie man im Fall Südafrikas während der Apartheid und im Fall Jugoslawiens während der Balkankriege beobachten konnte (Lopez and Cortright, 2000).

Zu den wichtigsten Faktoren des Beginns des Kalten Krieges zählen ideologische Unterschiede, der sowjetische Expansionismus in Europa, Militärpakte und -blöcke, Wettrüsten und Weltraumwettbewerb.

2.1.4 Das 21. Jahrhundert und der Anstieg „intelligenter“ Sanktionen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erkannte man zunehmend die Notwendigkeit gezielterer Sanktionen, die darauf abzielten, die humanitären Kosten für die Zivilbevölkerung zu minimieren und sich direkter auf politische Eliten oder bestimmte Sektoren zu konzentrieren. Dies war teilweise eine Reaktion auf die beobachteten humanitären Krisen in Ländern wie dem Irak in den 1990er Jahren, wo weitreichende Wirtschaftssanktionen verheerende Auswirkungen auf die allgemeine Bevölkerung hatten (Gordon, 2010).

Die Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen gegen den Irak nach der Invasion in Kuwait (1990) bis zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein (2003) hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Lage der Menschenrechte in diesem Land. Obwohl das Ziel dieser Sanktionen offiziell darin bestand, Saddams Regime einzudämmen und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, hatten ihre Folgen schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der einfachen Menschen. (Al-Ali, Zaid. 2014).

Tatsächlich haben diese Sanktionen zu einem drastischen Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens, einer Verschärfung von Armut und Ungleichheit in der Gesellschaft, einem Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten, einer Zunahme von Krankheiten und Todesfällen (vor allem unter Kindern und älteren Menschen), einem Wachstum des Schwarzmarkts und einer Zunahme der Korruption auf verschiedenen Ebenen geführt, die darauf abzielt, die Grundbedürfnisse mit illegalen Mitteln zu decken. (Joy Gordon, 2010)

Haupteffekte:

1. Armut und Hungersnot:

Die Sanktionen schränkten den Zugang der Menschen zu Nahrungsmitteln, Medikamenten und Grundversorgungsgütern ein und führten zu weitverbreiteter Unterernährung, insbesondere bei Kindern.

2. Reduzierung der Gesundheitsleistungen:

Aufgrund des Mangels an medizinischer Ausrüstung und Medikamenten brach das irakische Gesundheitssystem fast zusammen und die Sterblichkeitsrate stieg.

3. Verletzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte:

Das Recht auf Bildung, Gesundheit und ein menschenwürdiges Leben wurde stark beeinträchtigt.

2.1.5 Sanktionen im digitalen Zeitalter

In jüngerer Zeit, mit dem Aufkommen des digitalen Zeitalters, haben Sanktionen neue Formen angenommen, darunter auch Cybersanktionen. Dabei geht es darum, bestimmte digitale und technologische Aktivitäten von Staaten ins Visier zu nehmen, wie die Reaktionen der USA auf angebliche russische Cyberaktivitäten während der Wahlen 2016 zeigen (Nephew, 2017).

Der historische Verlauf internationaler Sanktionen spiegelt ihre sich entwickelnde Natur wider, von weitreichenden Wirtschafts- und Handelsembargos bis hin zu gezielteren Maßnahmen, die sich an bestimmte Einzelpersonen, Organisationen oder Sektoren richten. Diese Entwicklung setzt sich bis heute fort, da die internationale Gemeinschaft versucht, ein Gleichgewicht zwischen der Wirksamkeit von Sanktionen zur Erreichung politischer Ziele und dem Gebot der Minimierung humanitärer Auswirkungen herzustellen.

2.2 Definition und Arten von Sanktionen

Im Bereich der internationalen Beziehungen sind Sanktionen ein entscheidendes Instrument, mit welchem Staaten oder internationale Organisationen das Verhalten eines Landes oder Regimes beeinflussen. Sie werden in der Regel verhängt, um die Einhaltung internationaler Normen sicherzustellen oder um als inakzeptabel erachtete Handlungen zu ahnden.\

2.2.1 Definition von Sanktionen

Sanktionen werden definiert als „absichtlicher, von der Regierung veranlasster Rückzug oder Androhung eines Rückzugs aus üblichen Handels- oder Finanzbeziehungen“ (Hufbauer et al., 2007: Seite 3).

Sie sind im Wesentlichen Instrumente des wirtschaftlichen und politischen Drucks, die zur Erreichung außenpolitischer Ziele eingesetzt werden. Das Grundprinzip von Sanktionen besteht darin, dem Zielland Kosten aufzuerlegen, wodurch die Aufrechterhaltung seiner Protest Politik zu kostspielig wird (Drezner, 2011).

2.2.2 Arten von Sanktionen

Sanktionen können grob in verschiedene Arten eingeteilt werden, jede mit unterschiedlichen Merkmalen und beabsichtigten Auswirkungen:

1. Wirtschaftssanktionen: Dazu gehören Handelsembargos, Export- und Importbeschränkungen sowie andere Maßnahmen, die die Wirtschaftsbeziehungen beeinträchtigen. Wirtschaftssanktionen zielen darauf ab, die Wirtschaft des Ziellandes zu schädigen und so dessen Regierung unter Druck zu setzen, ihre Politik zu ändern (Baldwin, 1985).

Laut Baldwins Theorie sind Länder aufgrund von Sanktionen nicht unbedingt gezwungen, Änderungen zu akzeptieren. Baldwin ist der Ansicht, dass Sanktionen in manchen Fällen zu einer Verhaltensänderung führen können, diese Änderung erfolgt jedoch normalerweise unter bestimmten Bedingungen und unter dem Einfluss anderer Faktoren.

Daher können Sanktionen zwar ein Instrument sein, um andere Länder unter Druck zu setzen, sie führen jedoch nicht zwangsläufig zu einer Verhaltensänderung. Die Reaktion auf Sanktionen hängt von mehreren Faktoren ab, darunter der wirtschaftlichen Abhängigkeit, den innenpolitischen Bedingungen und dem Ausmaß des internationalen Drucks. Infolgedessen können sich einige Länder aufgrund von Sanktionen ändern, während andere möglicherweise weiterhin Widerstand leisten.

Schließlich können Sanktionen ein wirksames Instrument zur Verhaltensänderung von Ländern sein, ihre Wirksamkeit wird jedoch stark von mehreren internen und externen Faktoren beeinflusst.

(Baldwin, 1985).

2. Finanzielle Sanktionen: Dabei handelt es sich um Maßnahmen wie das Einfrieren von Staatsvermögen, die Einschränkung des Zugangs zu internationalen Finanzmärkten und das Verbot von Investitionen im Zielland. Finanzsanktionen zielen darauf ab, die finanzielle Stabilität des Zielstaats oder -regimes zu stören (Taylor, 2010).

3. Diplomatische Sanktionen: Dazu gehören Maßnahmen wie der Abbau diplomatischer Beziehungen, die Einschränkung von Einreisevisa oder die Ausweisung von Diplomaten. Diplomatische Sanktionen dienen dazu, das Zielland international zu isolieren (Doyle, 1997).

4. Militärsanktionen: Diese Art umfasst Waffenembargos, Reiseverbote für Militärpersonal und den Lieferstopp vom Militärmaterial. Sie zielen darauf ab, die militärischen Fähigkeiten des Zielstaats einzuschränken und dadurch abzuschwächen (Cortright und Lopez, 2000).

5. Sektorale Sanktionen: Diese gelten spezifisch für bestimmte Sektoren, beispielsweise den Energie-, Bergbau- oder Finanzsektor des Ziellandes. Sie sollen Schlüsselindustrien treffen, um den wirtschaftlichen und politischen Druck zu erhöhen (Nephew, 2017).

6. Persönliche Sanktionen: Diese Sanktionen werden auch als „gezielte“ oder „intelligente“ Sanktionen bezeichnet und richten sich gegen Einzelpersonen wie politische Führer oder Regimeeliten und nicht gegen das Land als Ganzes. Dazu gehören Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten dieser Personen (Giumelli, 2011).

Die Anwendung von Sanktionen ist ein komplexer und differenzierter Aspekt der internationalen Beziehungen. Das Verständnis der verschiedenen Arten von Sanktionen und ihrer beabsichtigten Zwecke ist von entscheidender Bedeutung, um ihre Auswirkungen auf globale Angelegenheiten und insbesondere auf Bereiche wie Menschenrechte und wirtschaftliche Stabilität umfassend beurteilen zu können.

2.3 Globale Präzedenzfälle und Folgen internationaler Sanktionen

Die Geschichte internationaler Sanktionen ist reich an vielfältigen Beispielen, die jeweils einzigartige Einblicke in ihre Wirksamkeit und Folgen bieten.

2.3.1 Sanktionen gegen Südafrika (Apartheid- Zeit)

Eines der vielleicht am häufigsten genannten Beispiele für die Wirksamkeit von Sanktionen ist ihre Anwendung gegen Südafrika während der Apartheid-Zeit. In den 1980er Jahren verhängte die internationale Gemeinschaft, darunter die Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft, eine Reihe wirtschaftlicher und kultureller Sanktionen gegen Südafrika. Diese Sanktionen, zu denen Waffenembargos, Handelsbeschränkungen und kulturelle Boykotte gehörten, zielten auf die Beendigung des Apartheidregimes ab (Crawford & Klotz, 1999). Der kumulativen Wirkung dieser Sanktionen, gepaart mit dem Widerstand im Inland, wird weithin zugeschrieben, dass sie 1994 schließlich zur Abschaffung der Apartheid und zur Errichtung einer multirassischen Demokratie beigetragen hat (Thomson, 1999).

2.3.2 Irak-Sanktionen (1990er Jahre)

Nach der irakischen Invasion in Kuwait im Jahr 1990 verhängte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen umfassende Sanktionen gegen den Irak, darunter Handelsembargos und finanzielle Beschränkungen. Während diese Sanktionen die militärische Aggressionsfähigkeit des Irak erfolgreich schwächten, führten sie auch zu schweren humanitären Krisen, einschließlich hoher Unterernährungsraten und Kindersterblichkeit. Die negativen humanitären Auswirkungen dieser Sanktionen führten zu erheblichen ethischen Bedenken und lösten Debatten über die Moral umfassender Sanktionen aus. Insbesondere über die Legitimität des von einer internationalen Koalition geführten Krieges (Gordon, 2010).

2.3.3 Atomsanktionen gegen den Iran

Der Iran war vor allem aufgrund von Bedenken hinsichtlich seines Atomprogramms mehreren Sanktionsrunden ausgesetzt. Diese von den Vereinten Nationen, der EU und den USA verhängten

Sanktionen richteten sich gegen verschiedene Sektoren, darunter Banken, Öl und Handel. Während die Sanktionen erhebliche Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft hatten und zu einem Rückgang der Ölexporte und einer Wirtschaftsregression führten, wird ihre Rolle dabei, Iran an den Verhandlungstisch für das Atomabkommen von 2015 (Es handelt um das Wiener Abkommen (zwischen einerseits Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Russland, China und andererseits Iran) über einen Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA)). [Europäischer Rat-Rat der Europäischen Union: Atomvereinbarung mit Iran. Resolution 2231 (2015) Internetquelle: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/jcpoa-iran-restrictive-measures/>]) zu bringen, oft als Erfolg hervorgehoben.

Allerdings bleibt die Wirksamkeit dieser Sanktionen bei der dauerhaften Veränderung der nuklearen Ambitionen Irans weiterhin Gegenstand von Debatten (Nephew, 2017).

2.3.4 Sanktionen gegen Nordkorea

Sanktionen gegen Nordkorea, insbesondere als Reaktion auf sein Atomwaffenprogramm, gehören zu den längsten und umfassendsten Sanktionsregimen.

Trotz umfangreicher Sanktionen der internationalen Gemeinschaft hat Nordkorea seine Atom- und Raketenprogramme fortgesetzt. Dieser Fall zeichnet ein komplexes Bild der Wirksamkeit von Sanktionen und zeigt, dass sie zwar schwerwiegende wirtschaftliche Härten mit sich bringen können, ihre Fähigkeit, politische oder strategische Veränderungen zu erzwingen, jedoch nicht garantiert ist (Haggard & Noland, 2017).

Die Ergebnisse dieser Sanktionen zeigen ein komplexes Zusammenspiel zwischen den Zielen der Sanktionsbehörden und den Reaktionen der Zielländer. Sie spiegeln die unterschiedlichen Auswirkungen wider, die Sanktionen haben können, von erfolgreichen Fällen wie Südafrika bis hin zu kontroverseren und anhaltenderen Szenarien wie Nordkorea. Diese Präzedenzfälle unterstreichen die Notwendigkeit eines sorgfältigen Verständnisses von Sanktionen als Instrument der internationalen Politik.

2.4 Menschenrechte im Iran: Eine historische Perspektive

Um die Menschenrechtssituation im Iran zu verstehen, muss man sich mit dem historischen Kontext befassen, insbesondere mit den dramatischen Veränderungen, die vor und nach der Islamischen Revolution 1979 stattfanden.

2.4.1 Analyse vor und nach der Revolution

Vor der Revolution von 1979 war der Iran unter der Pahlavi-Dynastie von einem Vorstoß zur Modernisierung und Säkularisierung geprägt, wenn auch in einem autokratischen Kontext. Das Regime von Mohammad Reza Schah Pahlavi war insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren durch bedeutende wirtschaftliche und soziale Reformen gekennzeichnet, die als Weiße Revolution bekannt sind. Zu diesen Reformen gehörten die Neuverteilung von Land, das Frauenwahlrecht und die Förderung der Bildung. Die Neuregelungen gingen jedoch mit Restriktionen politischen Freiheiten einher. Die Regierung des Schahs, unterstützt von SAVAK, seiner Geheimpolizei, war für die Unterdrückung kritischer politischer Meinungen bekannt. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle politischer Inhaftierung, Zensur und Folter (Abrahamian, 1982).

Dynamik der Menschenrechte nach der Revolution

Die von Ayatollah Khomeini angeführte Islamische Revolution von 1979 brachte tiefgreifende Veränderungen in der sozialen, politischen und rechtlichen Landschaft Irans mit sich, mit erheblichen Auswirkungen auf die Menschenrechte. Die postrevolutionäre Regierung erließ strenge islamische Gesetze, die sich insbesondere auf die Rechte und Freiheiten der Frauen auswirkten. Die neue Verfassung erkannte zwar die Grundrechte an, unterstellte sie jedoch den islamischen Grundsätzen. Die Rechte der Frauen wurden in mehreren Bereichen eingeschränkt: Der obligatorische Hijab, strenge Segregationsnormen und regressive Familiengesetze wurden zur neuen Normalität (Mir-Hosseini, 2006).

Nach der Revolution wurden die Menschenrechtsfragen im Iran zu einer delikaten und komplexen Angelegenheit. Es kam immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, darunter die Unterdrückung der politischen Opposition, die Zensur der Medien, unfaire Gerichtsverfahren und die Anwendung der Todesstrafe.

Besonders besorgniserregend ist die Feststellung, dass Minderheitengruppen wie Bahai, Kurden und LGBTQ+-Personen schlagartig im Fokus der Regierung standen. Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch haben immer wieder auf Themen wie willkürliche Verhaftungen, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren und Foltervorwürfe hingewiesen (Amnesty International Report, 2020; Human Rights Watch World Report, 2021).

Hierbei ist es jedoch besonders wichtig, das Widerstandspotenzial, die Widerstandsfähigkeit und dazu noch die vielen Widerstandsversuche innerhalb der zivilen Gesellschaft zu betonen. Zivilgesellschaftliche Bewegungen, Frauenrechtsaktivistinnen und Studentengruppen haben beharrlich für mehr Freiheiten und Rechte gekämpft, oft mit schwerwiegenden Konsequenzen (Keddie, 2006).

Die Menschenrechtssituation im Iran wurde stark von seiner politischen Geschichte beeinflusst, insbesondere von den drastischen Veränderungen nach der Islamischen Revolution. Während die Zeit vor der Revolution unter einem autokratischen Regime zahlreiche Menschenrechtsprobleme aufwies, war die Zeit nach der Revolution von religiösem Konservatismus und politischer Unterdrückung geprägt, die verschiedene Freiheiten und Rechte, insbesondere die von Frauen und Minderheitengruppen, stark beeinträchtigte.

2.4.2 Internationale Beobachtungen und Berichte zu Menschenrechten im Iran

Internationale Beobachtungen und Berichte zu Menschenrechten im Iran ermöglichen einen externen Blick auf die Menschenrechtssituation im Land. Diese Berichte, die oft von internationalen Organisationen, Menschenrechts-NGOs und Regierungsbehörden veröffentlicht werden, bieten entscheidende Einblicke in die Menschenrechtsdynamik im Iran, insbesondere nach der Islamischen Revolution von 1979.

Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International

Human Rights Watch (HRW) und Amnesty International, zwei führende Nichtregierungsorganisationen im Bereich Menschenrechte, haben die Menschenrechtssituation im Iran kontinuierlich beobachtet und darüber berichtet. In ihren Berichten werden häufig Themen wie die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, die Anwendung der Todesstrafe und die Behandlung politischer Gefangener hervorgehoben. Beispielsweise stellt der HRW World Report 2021 fest, dass die weit verbreitete Repression durch die iranischen Behörden anhält, einschließlich harter Razzien gegen Demonstranten und Aktivisten (HRW, 2021).

In den Berichten von Amnesty International geht es häufig um die Anwendung der Todesstrafe durch den Iran. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der Iran zu den Ländern mit der höchsten Zahl an Hinrichtungen weltweit gehört, die oft nach unfairen Gerichtsverfahren vollstreckt werden. Die Berichte machen auch auf die Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten und Einschränkungen der Meinungsfreiheit aufmerksam (Amnesty International Report, 2021).

Berichte der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen (UN) bewerten und berichten regelmäßig über verschiedene Gremien und Sonderberichterstatter über die Menschenrechte im Iran. Der UN-Menschenrechtsrat hat Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte im Iran ernannt.

Diese Berichte liefern detaillierte Informationen über Menschenrechtsfragen, einschließlich der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, und geben Empfehlungen an die iranische Regierung. Sie weisen häufig auf die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Misshandlung von Minderheitengruppen hin (Berichte des UN-Menschenrechtsrats).

Berichte des US-Außenministeriums und anderer Regierungsberichte

Die jährlichen Länderberichte des US-Außenministeriums zu Menschenrechtspraktiken enthalten ausführliche Abschnitte über den Iran, in denen Bedenken hinsichtlich Korruption in der Regierung, mangelnder Transparenz und Menschenrechtsverletzungen dargelegt werden. In diesen Berichten wird häufig das Vorgehen der iranischen Regierung gegen Andersdenkende, die Einschränkung der politischen Beteiligung und die Zensur von Medien hervorgehoben (US-Außenministerium, 2021).

Die Frage der Neutralität und Objektivität der Berichte des US-Außenministeriums zu Menschenrechten im Iran ist eine komplexe und kontroverse Frage. Im Folgenden werden einige wichtige Gründe aufgeführt:

1. Außenpolitischer Standpunkt

Berichte des Außenministeriums werden im Rahmen der Außenpolitik der Vereinigten Staaten erstellt und befassen sich speziell mit Fragen im Zusammenhang mit den nationalen Interessen und der Politik der Vereinigten Staaten. Daher sind diese Berichte zwangsläufig von den politischen und strategischen Ansichten der Vereinigten Staaten gegenüber dem Iran beeinflusst.

2. Kritikpunkte an der Neutralität

Einige Analysten und Forscher setzen voraus, dass US-amerikanische Menschenrechtsberichte möglicherweise nicht ausreichend unparteiisch sind, wenn sie sich auf Menschenrechtsverletzungen durch die iranische Regierung konzentrieren. Sie schließen daraus, dass diese Berichte den positiven Aspekten oder den Reformbemühungen im Iran möglicherweise weniger Aufmerksamkeit schenken.

3. Zitieren verschiedener Quellen

Berichte basieren in der Regel auf Daten und Beweisen, die aus verschiedenen Quellen stammen, darunter Menschenrechtsorganisationen, Medien und interne Berichte. Aus diesem Grund beziehen sich einige Berichte möglicherweise auf bestimmte Ereignisse und Umstände, die von bestimmten Meinungen oder Analysen beeinflusst werden können.

4. Zweck der Berichte

Der Zweck dieser Berichte besteht darin, Transparenz und Bewusstsein für die Menschenrechtssituation in verschiedenen Ländern, einschließlich Iran, zu schaffen. Diese Berichte können als Instrument genutzt werden, um Regierungen unter Druck zu setzen, die Menschenrechtssituation zu verbessern.

Insgesamt liefern die Berichte des Außenministeriums zwar nützliche Informationen über Menschenrechtsverletzungen im Iran, können jedoch hinsichtlich ihrer Unparteilichkeit und Unvollständigkeit Probleme bereiten. Detaillierte Untersuchungen und multilaterale Analysen können dazu beitragen, die Menschenrechtssituation im Iran und den Einfluss der Berichte auf die internationale Politik besser zu verstehen (Seyyed Ghasem Zamani, 2004).

Menschenrechte im Iran nach dem Atomabkommen von 2015

Von besonderem Interesse für internationale Beobachter war die Zeit nach dem Atomabkommen von 2015 (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA). Während sich das Abkommen in erster Linie auf das iranische Atomprogramm konzentrierte, haben einige Analysten und Berichte dessen Auswirkungen auf die Menschenrechte im Iran untersucht. Studien deuten darauf hin, dass das JCPOA zwar wirtschaftliche Möglichkeiten für Iran eröffnete, Verbesserungen der Menschenrechte jedoch kein wesentlicher Bestandteil des Abkommens waren und nicht wie von einigen internationalen Beobachtern erhofft eingetreten sind (Akbarzadeh & Conduit, 2016).

Internationale Berichte über die Menschenrechte im Iran zeichnen ein äußerst besorgniserregendes Bild, wobei immer wieder über Verstöße berichtet wird, darunter die Unterdrückung politischer Meinungsverschiedenheiten, die Diskriminierung von Frauen und Minderheiten sowie die Anwendung der Todesstrafe. Diese externen Perspektiven sind von entscheidender Bedeutung für das Verständnis des breiteren Kontexts der Menschenrechtsbilanz Irans und für die Formulierung internationaler Antworten.

2.5 Die Entwicklung der Frauenrechte im Iran

Die Entwicklung der Frauenrechte im Iran ist eine komplexe Erzählung, die mit den gesellschaftspolitischen und kulturellen Veränderungen des Landes verwoben ist. Ziel dieses Abschnitts ist es, eine detaillierte historische Perspektive auf den Fortschritt, den Rückschritt und die Transformation der Frauenrechte im Iran zu bieten und sich dabei auf wichtige rechtliche und soziale Meilensteine zu konzentrieren.

2.5.1 Rechtliche und soziale Meilensteine

Anfang des 20. Jahrhunderts: Die konstitutionelle Revolution

Die Verfassungsrevolution von 1905–1911 im Iran markierte den Beginn einer modernistischen Bewegung und legte den Grundstein für gesellschaftliche Veränderungen, auch im Zusammenhang mit den Frauenrechten. Frauen beteiligten sich an dieser Revolution und forderten Bildung und soziale Freiheiten, wenn auch diese Forderungen nicht sofort in den Verfassungstexten umgesetzt wurden (Afkhami, 1994).

Die Pahlavi- Zeit: Ein Vorstoß zur Modernisierung

Die Regierungszeit von Reza Schah Pahlavi (1925–1941) und anschließend die seines Sohnes Mohammad Reza Schah (1941–1979) waren von einem starken Vorstoß zur Modernisierung und Verwestlichung geprägt. In den 1930er Jahren umfasste die Politik von Reza Shah die Enthüllung von Frauen und die Förderung der Bildung von Mädchen, was einen Wandel in der öffentlichen Sichtbarkeit von Frauen signalisierte. Unter Mohammad Reza Schah, insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren, erlebten die Rechte der Frauen bedeutende Fortschritte. Das Familienschutzgesetz von 1967 und seine nachfolgenden Änderungen im Jahr 1975 gewährten Frauen erweiterte Rechte bei Ehe, Scheidung und Kindersorgerecht, und das Wahlrecht wurde 1963 eingeführt (Paidar, 1995).

Revolution nach 1979: Islamische Republik und Frauenrechte

Die von Ayatollah Khomeini angeführte Islamische Revolution von 1979 führte zu einem dramatischen Wandel. Die anschließende Gründung der Islamischen Republik führte zur Einführung

der Scharia, die erhebliche Auswirkungen auf den rechtlichen Status von Frauen hatte. Das Familienschutzgesetz wurde aufgehoben und neue Gesetze schränkten die Rechte von Frauen in Bezug auf Ehe, Scheidung und Sorgerecht ein. Das seit 1983 geltende obligatorische Hijab-Gesetz symbolisierte umfassendere Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der persönlichen Freiheiten von Frauen (Mir-Hosseini, 2000).

21. Jahrhundert: Anhaltende Kämpfe und Aktivismus

Trotz der Einschränkungen gab es im 21. Jahrhundert kontinuierliche Bemühungen iranischer Frauen, ihre Rechte zurückzugewinnen. Die Beteiligung von Frauen an der Hochschulbildung hat dramatisch zugenommen, und die Präsenz von Frauen in der Arbeitswelt hat zugenommen, obwohl sie immer noch durch rechtliche und soziale Barrieren eingeschränkt ist. Die 2006 ins Leben gerufene Kampagne „Eine Million Unterschriften“ ist ein bemerkenswertes Beispiel einer Basisbewegung, die diskriminierende Gesetze gegen Frauen in Frage stellt (Tohidi, 2016).

Frauen beteiligten sich auch aktiv an breiteren politischen Bewegungen, wie beispielsweise der Grünen Bewegung im Jahr 2009. Diese Bewegungen waren jedoch schwerer Unterdrückung ausgesetzt, was den anhaltenden Kampf für die Rechte der Frauen im Iran widerspiegelt (Khosravi, 2012).

Die Grüne Bewegung im Iran, die als eine der wichtigsten sozialen und politischen Bewegungen des Landes in den letzten Jahrzehnten gilt, entstand 2009 nach den Präsidentschaftswahlen. Diese Bewegung wurde aufgrund von Wahlbetrugsvorwürfen und Bedenken hinsichtlich Menschenrechtsbeschränkungen gegründet.

Eine Zusammenfassung der grünen Bewegung:

1. Kontext: Die Präsidentschaftswahlen im Iran fanden am 12. Juni 2008 (22. Juni 2009) unter Beteiligung der wichtigsten Kandidaten statt, darunter Mahmud Ahmadinedschad (republikanischer Kandidat) und Mirhossein Mussawi (reformistischer Kandidat). Nach der Bekanntgabe der

Wahlergebnisse und dem Sieg Ahmadinedschads protestierten die Demonstranten wegen mutmaßlichen Betrugs und mangelnder Transparenz.

2. Entstehung der Bewegung: Die grüne Bewegung entstand schnell aus Straßenversammlungen und Massendemonstrationen. Als Symbole dieser Bewegung wurden grüne Parolen und Symbole verwendet. Zu den Hauptforderungen der Demonstranten gehörten die Achtung der Menschenrechte, der politischen und sozialen Freiheiten sowie ein Ende der Repression.

3. Unterdrückung von Demonstranten: Die Regierung und Sicherheitskräfte unterdrückten die Demonstrationen mit Zwangsgewalt und verhafteten Tausende Menschen. Diese Repressionen führten zu Gewalt und der Ermordung zahlreicher Demonstranten, was im In- und Ausland heftige Kritik hervorrief.

4. Implikationen: Trotz der Repressionen hatte die Grüne Bewegung einen tiefgreifenden Einfluss auf die iranische Gesellschaft und brachte Themen wie Menschenrechte und Demokratie auf die Tagesordnung. Diese Bewegung gilt als Symbol reformistischer Forderungen und einer Verbesserung der politischen Lage im Iran (Bakhash, Shaul; 2010).

Der Weg der Frauenrechte im Iran, der von den Bestrebungen des frühen 20. Jahrhunderts, erheblichen Fortschritten während der Pahlavi- Zeit und Rückschritten nach der Islamischen Revolution von 1979 geprägt war, spiegelt die tiefe Verflechtung gesetzlicher Rechte mit der turbulenten politischen Geschichte Irans wider. Der anhaltende Aktivismus und die Widerstandsfähigkeit iranischer Frauen verdeutlichen das anhaltende Streben nach Geschlechtergleichheit trotz erheblicher rechtlicher und sozialer Herausforderungen.

2.5.2 Frauenbewegungen und Aktivismus im Iran

Die Geschichte der Frauenbewegungen und des Frauenaktivismus im Iran ist ebenso reich und komplex wie die politische und soziale Geschichte des Landes selbst. In diesem Abschnitt wird die Entwicklung des Frauenaktivismus im Iran untersucht und Schlüsselbewegungen, Persönlichkeiten

und Meilensteine hervorgehoben, die die Landschaft der Geschlechterrechte und der Gleichstellung im Land geprägt haben.

Frühes 20. Jahrhundert: Pionieraktivismus

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es im Iran zur ersten Welle von Frauenaktivismus. Während der Verfassungsrevolution (1905–1911) begannen Frauengruppen, sich für soziale Reformen einzusetzen, einschließlich des Zugangs zu Bildung und politischer Teilhabe.

Diese frühen Bewegungen zeichneten sich durch ihre elitäre Zusammensetzung und ihre Ausrichtung auf breitere nationalistische Kämpfe aus. Frauen wie Bibi Khanoom Astarabadi und Mohtaram Eskandari waren prominente Figuren dieses frühen Aktivismus (Sanasarian, 2000).

Bibi Khanoom Astarabadi (1857-1921) oder Bibi Fatemeh Estrabadi war eine iranische Dichterin und Satirikerin und eine der Aktivistinnen für Frauenrechte in der Verfassungsbewegung. Bibi Khanom schrieb Artikel in den Zeitungen Habal al-Matin, Tamdon und Majlis.

Die meisten ihrer Artikel verteidigen die Bildung von Mädchen. Sie gründete auch Irans erste Mädchengrundschule namens „Doshizgan School“.

Bibi Khanoom war die erste Person, die es schaffte, ein Buch zu schreiben, das die Modernisierung der iranischen Frauen unterstützte, und eine der ersten feministischen Stellungnahmen im Iran aufnahm. In dieser Abhandlung werden islamische und westliche Ansichten über Frauen integriert. Farrokhzad, Puran (2001).

Mohtaram Eskandari (1895-1924) war eine Dichterin und eine der Pionierinnen der Frauenbewegung im Iran. Sie war einer der Gründer von Jamiat Zanan Watankhah Iran, deren erste Präsidentin und auch Herausgeberin. Sie hielt Reden zur Unterstützung der Rechte der Frau, einschließlich der Bildung von Frauen und der Abschaffung des Hijab, und organisierte zusammen mit einer Reihe führender Teheraner-Frauen Märsche von Gemeindemitgliedern (Farrokhzad, Puran (2011)).

Die Pahlavi- Zeit: Staatlich geführter Feminismus

Unter der Pahlavi-Dynastie erfuhren die Frauenrechte im Iran erhebliche Veränderungen, die größtenteils durch die Modernisierungspolitik des Staates beeinflusst wurden. Die Regierung des Schahs Mohammad Reza oder seines Vaters förderte aktiv die Bildung und Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt. 1963 erhielten Frauen das Wahlrecht und durften öffentliche Ämter bekleiden. Allerdings wurde die Frauenbewegung dieser Ära oft dafür kritisiert, dass sie von oben und vom Staat gesteuert wurde und es an einer Beteiligung der Basis mangelte (Paidar, 1995).

Revolution nach 1979: Wiederaufleben der Basisbewegungen

Die Islamische Revolution von 1979 markierte einen Wendepunkt. Die Gründung der Islamischen Republik führte zur Rücknahme vieler Rechte, die Frauen während der Pahlavi- Ära erlangt hatten. Als Reaktion darauf kam es in den 1980er und 1990er Jahren zu einem Wiederaufleben des Basisaktivismus von Frauen, größtenteils als Reaktion auf die Einführung strenger islamischer Gesetze durch den Staat, die die Kleidung, das Verhalten und die gesetzlichen Rechte von Frauen regeln. Trotz harter Repression begannen diese Bewegungen, Forderungen nach Geschlechtergleichheit im islamischen Rahmen zu formulieren (Mir-Hosseini, 2000).

21. Jahrhundert: Diversifizierung und digitaler Aktivismus

Im 21. Jahrhundert kam es zu einer Diversifizierung des Frauenaktivismus im Iran. Die 2006 ins Leben gerufene Kampagne „Eine Million Unterschriften“ zielte darauf ab, eine Million Unterschriften zu sammeln, um Änderungen an diskriminierenden Gesetzen zu fordern. Die Kampagne nutzte sowohl Online-Plattformen als auch persönliche Interaktionen und spiegelte eine neue Phase des digitalen Aktivismus wider (Tohidi, 2016).

Neuere Bewegungen haben diesen Trend fortgesetzt. Die Kampagne „My Stealthy Freedom“, die 2014 von der Journalistin Masih Alinejad ins Leben gerufen wurde, ermutigte iranische Frauen, Fotos von sich selbst ohne den obligatorischen Hijab zu posten und soziale Medien zu nutzen, um die Gesetze zur Verschleierungspflicht anzufechten (Alinejad, 2018).

Frauenbewegungen und Aktivismus im Iran haben eine bedeutende Entwicklung durchlaufen, von Elite-Kampagnen des frühen 20. Jahrhunderts bis hin zu neueren Basis- und digitalen Bewegungen. Diese Bewegungen haben eine entscheidende Rolle dabei gespielt, rechtliche und gesellschaftliche Normen in Frage zu stellen, sich für mehr Geschlechtergleichheit und -rechte einzusetzen und sich an die sich verändernde politische und soziale Landschaft Irans anzupassen.

2.6 Auswirkungen von Sanktionen auf Menschenrechte

Der Zusammenhang zwischen internationalen Sanktionen und Menschenrechten ist ein verwinkeltes und vielschichtiges Thema, das in globalen und regionalen Diskursen große Aufmerksamkeit erregt hat. In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich Sanktionen sowohl aus globaler als auch aus regionaler Perspektive auf die Menschenrechte ausgewirkt haben, und stützt sich dabei auf eine Reihe wissenschaftlicher Quellen.

2.6.1 Globale und regionale Perspektiven

Globale Perspektive auf Sanktionen und Menschenrechte

Der globale Diskurs über Sanktionen und Menschenrechte dreht sich häufig um die Debatte über die Wirksamkeit und ethischen Implikationen von Sanktionen als Instrument zur Förderung der Menschenrechte. Eine wegweisende Arbeit von Hufbauer et al. (2007) liefert eine umfassende Analyse der Geschichte und der Ergebnisse von Wirtschaftssanktionen und legt nahe, dass Sanktionen zwar unter bestimmten Bedingungen wirksam sein können, oft jedoch unbeabsichtigte Folgen haben, die die Menschenrechtsprobleme in den betroffenen Ländern verschärfen können.

Peksen (2009) vertritt eine kritische Sichtweise und argumentiert, dass Wirtschaftssanktionen, insbesondere wenn sie umfassender Natur sind, zu schweren humanitären Krisen führen können, von denen die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den sanktionierten Staaten unverhältnismäßig stark betroffen sind. Dies wird von Gordon (2010) weiter untersucht, der eine Fallstudie über den Irak liefert, wo Sanktionen in den 1990er Jahren zu weit verbreiteter Armut,

Unterernährung und einem Zusammenbruch wesentlicher Dienstleistungen führten, was Fragen zu den humanitären Kosten solcher Maßnahmen aufwirft.

Regionale Perspektiven: Der Fall Iran

Im Zusammenhang mit dem Iran waren Sanktionen ein umstrittenes Thema, insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Menschenrechte. Die gegen den Iran verhängten Sanktionen, vor allem aufgrund von Bedenken hinsichtlich seines Atomprogramms, gehören zu den umfassendsten und langlebigsten. Eine Studie von Maloney (2015) stellt fest, dass die Sanktionen zwar erhebliche Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft hatten, ihre Auswirkungen auf die Menschenrechtspraktiken der Regierung jedoch weniger klar sind.

Iranische Wissenschaftler wie Karshenas und Hakimian (2014) argumentieren, dass Sanktionen negative Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft hatten, zu erhöhter Arbeitslosigkeit und Inflation führten und dadurch Armut und soziale Ungleichheit verschärften. Solche wirtschaftlichen Schwierigkeiten können sich indirekt auf eine Reihe von Menschenrechten auswirken, darunter den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung.

Darüber hinaus haben Menschenrechtsorganisationen Bedenken darüber geäußert, dass die iranische Regierung Sanktionen als Vorwand nutzt, um gegen interne Meinungsverschiedenheiten vorzugehen und repressive Maßnahmen zu rechtfertigen. Dies spiegelt sich in Berichten internationaler Organisationen wie Human Rights Watch (2021) wider, die auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen im Iran hinweisen, darunter Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit trotz der Sanktionen.

Die Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte sind ein komplexes Thema, das je nach Art der Sanktionen, dem spezifischen Kontext des Ziellandes und dem breiteren geopolitischen Umfeld erheblich variiert. Obwohl Sanktionen oft dazu dienen, Menschenrechte und demokratische Reformen zu fördern, ist ihre Wirksamkeit bei der Erreichung dieser Ziele nicht immer eindeutig und sie können manchmal nachteilige humanitäre Folgen haben.

Den Berichten der Vereinten Nationen zufolge insbesondere den Berichten, die die Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte und die wirtschaftliche Lage in den sanktionierten Ländern untersuchten, sowie den Artikeln und Berichten von Denkfabriken und Forschungszentren, wie dem Council on Foreign Relations (CFR), das Carnegie Institute for International Peace, die in ihren Artikeln und Analyseberichten die Beweggründe hinter dem Vorhang und die Folgen von Sanktionen untersuchen, Man kann besagen, dass Sanktionen manchmal offiziell mit dem Ziel verhängt werden, Menschenrechte und demokratische Reformen zu fördern, aber die Realität ist komplizierter. In vielen Fällen sind diese erklärten Ziele nur ein Teil der Geschichte. Sanktionierende Länder können aus strategischen und geopolitischen Gründen Sanktionen verhängen. Mit anderen Worten: Die Förderung von Menschenrechten und Demokratie mag als Begründung für Sanktionen angeführt werden, daneben spielen aber auch nationale und politische Interessen eine wichtige Rolle.

Sanktionen sind in der Regel ein Instrument des wirtschaftlichen Drucks und können schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der einfachen Bevölkerung haben. Obwohl die Ziele der Sanktionen Regierungen und herrschende Institutionen sind, sind häufig auch die Wirtschaft und die Menschen des Ziellandes betroffen. Dieses Problem führt in einigen Fällen dazu, dass internationale Beobachter und sogar Bürger des sanktionierten Landes die Beweggründe der Sanktionen in Frage stellen und sie eher als Instrument für politischen und wirtschaftlichen Druck denn als Instrument zur Förderung der Menschenrechte betrachten.

Einige Länder nutzen auch andere Mittel, um politische Veränderungen herbeizuführen, beispielsweise die Unterstützung von Oppositionsbewegungen oder die Ausübung diplomatischen Drucks. In diesen Fällen sind Sanktionen Teil eines vielschichtigen Drucks, die Regierung oder ihre Politik zu ändern.

2.6.2 Fallstudien und vergleichende Analyse der Auswirkungen von Sanktionen auf Menschenrechte

Die Analyse der Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Menschenrechte anhand von Fallstudien und vergleichenden Analysen bietet unschätzbare Einblicke in deren Wirksamkeit und Folgen. Dieser Abschnitt befasst sich mit mehreren wichtigen Fallstudien und bietet eine vergleichende Analyse, um die unterschiedlichen Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte in verschiedenen geopolitischen Kontexten zu verstehen.

Fallstudie: Irak-Sanktionen in den 1990er Jahren

Einer der bemerkenswertesten und am häufigsten diskutierten Fälle von Sanktionen ist der Irak in den 1990er Jahren. Nach der Invasion Kuwaits durch den Irak im Jahr 1990 verhängte der UN-Sicherheitsrat umfassende Sanktionen. Eine kritische Bewertung dieser Sanktionen liefert eine Studie von Sponeck (2006), dem UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak. Die Sanktionen führten zu einer schweren humanitären Krise, die durch erhöhte Sterblichkeitsraten, Unterernährung und den Zusammenbruch des irakischen Gesundheitssystems gekennzeichnet war. Dieser Fall wird oft als Beispiel für die potenziell verheerenden Auswirkungen umfassender Sanktionen auf die Zivilbevölkerung angeführt (Gordon, 2010).

Die 1945 verabschiedete Charta der Vereinten Nationen verbietet die Anwendung von Krieg oder Gewalt im Allgemeinen, außer in besonderen Fällen. In Artikel 2 Absatz 4 der Charta heißt es: „Alle Mitglieder der Vereinten Nationen müssen es unterlassen, in ihren internationalen Beziehungen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Landes zu bedrohen oder Gewalt gegen diese anzuwenden.“ Daher wird der Einsatz von Krieg als Sanktion oder politisches Instrument nicht akzeptiert. (https://www.un.org/depts/german/un_charta/charta).

Daher wird Krieg im Allgemeinen nach internationalem Recht nicht als legitime Sanktion angesehen. Nach den Grundsätzen der Menschenrechte und des Völkerrechts ist die Anwendung von Gewalt oder Krieg zur Durchsetzung von Forderungen oder Sanktionen illegal. Stattdessen versuchen die Vereinten

Nationen und andere internationale Gremien, friedliche Methoden der Konfliktlösung wie Verhandlungen, Diplomatie oder Wirtschaftssanktionen einzusetzen, die von internationalen Gremien wie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausdrücklich verhängt und genehmigt werden.) Charta der Vereinten Nationen, Absatz 4 von Artikel 2 und Artikel 51)

Fallstudie: Südafrikas Apartheid-Sanktionen

Im Gegensatz zum Fall Irak werden die Sanktionen gegen Südafrika während der Apartheid- Zeit oft als erfolgreicher angesehen. Internationale Sanktionen, darunter Waffenembargos, Sportboykotte und Wirtschaftsbeschränkungen, trugen maßgeblich dazu bei, Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben. Crawford und Klotz (1999) analysieren, wie diese Sanktionen in Kombination mit inländischen Anti-Apartheid-Bewegungen zum Abbau der Apartheid und zur Bildung einer demokratischen Regierung in Südafrika beitrugen.

Vergleichende Analyse: Iran und Nordkorea

Eine vergleichende Analyse der Sanktionen gegen Iran und Nordkorea bietet Einblicke in die komplexe Dynamik von Sanktionen und Menschenrechten. Der Iran, der wegen seines Atomprogramms weitgehend mit Sanktionen belegt ist, hat unterschiedliche Auswirkungen auf seine Menschenrechtssituation erlebt, wie von Maloney (2015) dargelegt. Im Gegensatz dazu stellt Nordkorea, das wegen seiner Atom- und Raketenprogramme umfangreichen Sanktionen unterliegt, einen Fall dar, in dem Sanktionen nur begrenzte Auswirkungen auf die Verhaltensänderung des Regimes oder die Verbesserung der Menschenrechtsslage hatten, wie Haggard und Noland (2017) untersuchten.

Fallstudie: Venezuela-Sanktionen

Venezuela stellt ein neueres Beispiel dar, wo Sanktionen vor allem aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und politischer Korruption verhängt wurden. Duddy (2018) untersucht, wie sich US-Sanktionen, die ursprünglich gegen Einzelpersonen innerhalb der venezolanischen Regierung gerichtet waren, zu umfassenderen Wirtschaftssanktionen entwickelt haben. Die

Auswirkungen auf die Menschenrechte in Venezuela, einschließlich der Verschärfung von Wirtschaftskrisen und humanitären Bedingungen, verdeutlichen die komplexe Beziehung zwischen Sanktionen und Menschenrechten.

Diese Fallstudien und vergleichenden Analysen unterstreichen, dass die Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte nicht einheitlich sind; Sie variiert erheblich je nach Art und Umfang der Sanktionen, dem spezifischen gesellschaftspolitischen Kontext des Ziellandes und dem internationalen Umfeld. Während Sanktionen ein wirksames Instrument zur Förderung von Menschenrechten und demokratischen Reformen sein können, hängt ihr Erfolg von einer sorgfältigen Konzeption, Umsetzung und den umfassenderen geopolitischen Strategien ab.

2.7 Theoretische Rahmenbedingungen für Sanktionen und Richtlinienänderungen

Um die Dynamik zwischen internationalen Sanktionen und politischen Veränderungen zu verstehen, muss man sich mit verschiedenen theoretischen Rahmenbedingungen befassen. Diese in wirtschaftlichen, politischen, soziologischen und verhaltenswissenschaftlichen Disziplinen verwurzelten Rahmenwerke bieten eine umfassende Perspektive auf die Funktionsweise von Sanktionen und ihre Auswirkungen auf politische Veränderungen.

2.7.1 Wirtschafts- und politische Theorien zur Regelung von Sanktionen und Politikwechsel

Die Anwendung und Auswirkungen internationaler Sanktionen sind tief in verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Theorien verankert. Das Verständnis dieser theoretischen Rahmenbedingungen ist entscheidend, um zu verstehen, wie Sanktionen als Instrumente der internationalen Politik funktionieren und welchen Einfluss sie auf staatliches Verhalten und Politikänderungen haben.

Um die unterschiedlichen Theorien über Sanktionen und die Gründe für ihren Einsatz zu erklären, werden hier einige verlässliche Quellen aufgelistet:

1. Theorie des Realismus

- Aus der Perspektive der Realismustheorie wird die internationale Politik hauptsächlich auf der Grundlage nationaler Interessen und der Wahrung der Sicherheit von Ländern gestaltet, während moralische Werte oder Menschenrechte normalerweise eine untergeordnete Stellung einnehmen. In diesem Rahmen werden Sanktionen als Instrument zur Stärkung geopolitischer und strategischer Interessen eingesetzt. Deshalb ist die Debatte über ihre moralische Legitimität für Realisten nicht von großer Bedeutung. Mit anderen Worten: Der Erfolg oder Misserfolg von Sanktionen wird eher an ihren strategischen Auswirkungen und nationalen Interessen gemessen als an moralischen Maßstäben. (Hans J. Morgenthau, 1955)

2. Theorie des Konstruktivismus

- Die Theorie des Konstruktivismus geht davon aus, dass internationale Werte und Normen wie die Menschenrechte eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Politik der Länder, einschließlich Sanktionen, spielen. Aus dieser Sicht werden Sanktionen als Instrument eingesetzt, um Druck auf Länder auszuüben, die gegen internationale Normen verstoßen, das sich mit der Bedeutung von Normen und Werten in der internationalen Politik befasst und erklärt, wie diese Normen das Verhalten von Regierungen prägen können. (Wendt, Alexander 1999).

3. Theorie des Liberalismus

- Der Liberalismus glaubt, dass Sanktionen ein wirksames Instrument zur Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten sein können, da sie Länder durch wirtschaftlichen Druck dazu zwingen, ihr Verhalten zu ändern. Liberale betrachten Sanktionen als Instrument zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und des Friedens und haben die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Ländern und den Einsatz wirtschaftlicher Instrumente zur Schaffung positiver Veränderungen analysiert. (Keohane, Robert, and Joseph S. Nye. 1977).

4. Spieltheorie

- In der Spieltheorie werden Sanktionen als Teil eines strategischen Spiels in den internationalen Beziehungen betrachtet, bei dem Länder ihre Ziele durch den Einsatz von Drohungen und Reaktionen verfolgen, wobei analysiert wird, wie wirtschaftliche Instrumente und Sanktionen in interaktiven und strategischen Situationen eingesetzt werden können. (Schelling, Thomas, 1960).

5. Interdependenztheorie

- Diese Theorie weist darauf hin, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von Ländern ein Hebel für Sanktionen sein kann. Länder mit stärkerer gegenseitiger Abhängigkeit werden im Falle von Sanktionen stärker geschädigt, was die gegenseitige Abhängigkeit als Instrument für Druck und Interaktion zwischen Ländern erklärt. (Keohane, Robert, and Joseph S. Nye. 1977).

6. Theorie des Scheiterns oder der Begrenzung von Sanktionen

- Diese Theorie besagt, dass Sanktionen selten die gewünschten Ergebnisse erzielen und oft die einfachen Menschen betreffen und Regierungen nicht dazu zwingen, ihre Politik zu ändern. (Gary Clyde Hufbauer & Jeffrey J. Schott & Kimberly Ann Elliott, 1990).

Wirtschaftssanktionstheorien

Kosten-Nutzen-Analyse:

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Perspektive auf Sanktionen steht das Konzept der Kosten-Nutzen-Analyse. Dieses Prinzip geht davon aus, dass Staaten als rationale Akteure die durch Sanktionen verursachten wirtschaftlichen Kosten gegen den Nutzen ihrer aktuellen Politik abwägen. Gelingt es den Sanktionen, diese Kosten deutlich zu erhöhen, können sie einen Zielstaat dazu zwingen, seine Politik zu ändern. Hufbauer et al. (2007) bieten eine umfassende empirische Bewertung dieser Theorie und untersuchen die Bedingungen, unter denen Wirtschaftssanktionen wirksam sein können.

Auswirkungen auf Handels- und Finanzbeziehungen:

Wirtschaftstheorien betonen auch die Störung der Handels- und Finanzbeziehungen als Schlüsselmechanismen für die Wirkung von Sanktionen. Baldwin (1985) erörtert, wie Sanktionen die

wirtschaftliche Stabilität eines Zielstaats stören können, indem sie dessen Fähigkeit zur Teilnahme an internationalen Handels- und Finanztransaktionen einschränken und dadurch Druck für eine Änderung der Politik ausüben.

Politische Sanktionstheorien

Zwangsdiplomatie:

Das von Alexander George (1991) formulierte Konzept der Zwangsdiplomatie geht davon aus, dass Sanktionen ein Instrument sind, um Druck auszuüben, um die Entscheidungsfindung von Zielstaaten zu beeinflussen. Sanktionen sind in diesem Zusammenhang eine Form der „gewaltsamen Überzeugung“, die darauf abzielt, eine Änderung der Politik herbeizuführen, ohne auf militärische Maßnahmen zurückzugreifen.

Basierend auf der Theorie der Zwangsdiplomatie hat Alexander George, der die Zwangsdiplomatie als eine effektive Methode in der Außenpolitik untersucht und analysiert hat, diese auch als einen Ansatz betrachtet, der unter bestimmten Bedingungen erfolgreich funktionieren kann, insbesondere wenn das Ziel darin besteht, ein Land davon zu überzeugen, bestimmte Änderungen in seiner Politik oder seinem Verhalten vorzunehmen.

In dieser Theorie bezieht er sich auf die Strategien, mit denen Länder andere Länder durch Drohungen oder die Anwendung von politischem und wirtschaftlichem Druck zu einer Verhaltensänderung zwingen, ohne in einen Krieg oder einen militärischen Konflikt zu ziehen.

Im Buch „The Limits of Coercive Diplomacy“ (1994) analysiert Alexander George zusammen mit William E. Simons und David K. Hall die Zwangsdiplomatie als ein Instrument zur Beeinflussung des Verhaltens von Staaten. Sie stellen Grundprinzipien für den Erfolg dieses Ansatzes vor, die auf Druckausübung und Drohungen basieren, um politische oder verhaltensbezogene Veränderungen bei der Gegenseite herbeizuführen, ohne auf Krieg zurückzugreifen.

Im Zusammenhang mit der Golfkrise (1990/91) hatten die Vereinigten Staaten ein klares Ziel: den Irak zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen. Trotz diplomatischer und wirtschaftlicher Bemühungen

weigerte sich der Irak jedoch, diese Forderungen zu akzeptieren. Dies zeigt, dass die Zwangsdiplomatie in einigen Fällen nicht in der Lage ist, das gewünschte Ergebnis zu erzielen, und möglicherweise zwangsläufig in einen militärischen Konflikt mündet.

Daher wird deutlich, dass, obwohl das Ziel der Vereinigten Staaten im Voraus festgelegt war, der Widerstand der Gegenseite die Grenzen der Zwangsdiplomatie aufzeigte. Ohne die Kooperation der Gegenseite lässt sich ein militärischer Konflikt nicht vermeiden. Diese Tatsache verdeutlicht, wie wichtig spezifische Umstände und die Reaktionen der Gegenseite für den Erfolg dieser Strategie sind, wobei im Folgenden auf mehrere Schlüsselprinzipien für den Erfolg dieser Strategie eingegangen werden kann.:

1. Klare Drohung: Das sanktionierende Land muss seine Drohungen klar zum Ausdruck bringen und der Gegenseite zeigen, welche Konsequenzen eine Nichtkooperation haben wird.

2. Timing und Geduld: Zwangsdiplomatie braucht Zeit. Der Druck sollte schrittweise und über einen längeren Zeitraum ausgeübt werden, um der anderen Partei die Möglichkeit zu geben, ihr Verhalten zu ändern.

3. Bereitstellung von Optionen: Die Bereitstellung verschiedener Optionen für das Zielland kann ihm helfen, den richtigen Weg zu wählen und so den Druck verringern.

4. Beteiligung der internationalen Gemeinschaft: Die Unterstützung anderer Länder und internationaler Institutionen kann dazu beitragen, den Druck auf das Zielland zu erhöhen und den Sanktionsmaßnahmen mehr Legitimität zu verleihen) George, Alexander L., and Andrew Bennett 1994)

Realismus und Machtdynamik:

Aus einer realistischen Perspektive, wie sie Waltz (1979) beschreibt, sind Sanktionen Machtinstrumente in den internationalen Beziehungen. Mächtige Staaten oder Koalitionen nutzen Sanktionen als Mittel, um ihren Einfluss auszuüben und strategische Ziele zu erreichen, was häufig die breitere Machtdynamik in der globalen Arena widerspiegelt.

Die Theorie des Realismus von Kenneth Waltz (gilt auch als Vertreter des Neorealismus) betont die Bedeutung von Macht, nationalen Interessen und der Struktur des internationalen Systems. In Waltz' Sanktionstheorie, insbesondere der Analyse, die auf der Struktur des internationalen Systems und dem Verhalten von Regierungen dagegen basiert, gibt es mehrere Grundsätze:

1. Macht und Sicherheit: In der Theorie des Realismus gelten Macht und Sicherheit als zwei Hauptfaktoren der internationalen Politik. Waltz betont, dass Regierungen in einem anarchischen System agieren, in dem es keine zentrale Autorität gibt, die das Verhalten der Staaten überwacht. Daher versuchen Länder, ihre nationale Sicherheit und Interessen zu schützen. Sanktionen können in diesem Zusammenhang als Instrument gesehen werden, um Druck auf Länder auszuüben, ihr Verhalten zu ändern und nationale Interessen zu wahren.

2. Die Wirksamkeit von Sanktionen: Aus Sicht von Waltz hängt die Wirksamkeit von Sanktionen stark von der Struktur des internationalen Systems und der Art der Reaktion des Ziellandes ab. In einigen Fällen können Sanktionen wirksam sein, in anderen Fällen können sie jedoch den Geist des Nationalismus und der Einheit im Zielland stärken. Er glaubt, dass Sanktionen das Verhalten der Regierungen nicht ändern, sondern sie möglicherweise widerstandsfähiger machen.

3. Strukturanalyse: Waltz ist der Ansicht, dass Entscheidungen über Sanktionen auf der Strukturanalyse des internationalen Systems basieren sollten. Dazu gehört das Verständnis der Stellung von Ländern im Weltsystem und ihrer Abhängigkeit von anderen Ländern. Sanktionen können wirksamer sein, wenn ein Land erheblich vom Handel mit einem anderen Land abhängig ist.

4. Regierung als Hauptakteur: In der Realismustheorie sind Regierungen die Hauptakteure und andere Akteure (wie Nichtregierungsorganisationen oder internationale Überwachung) haben einen geringeren Einfluss. Daher werden Sanktionen in der Regel als Maßnahmen von Regierungen gegen andere Regierungen definiert und ihre Auswirkungen meist auf der Ebene der Regierungen untersucht (Waltz, Kenneth 1979).

Liberalismus und internationale Institutionen:

Libérale Theorien, insbesondere solche, die sich auf die Rolle internationaler Institutionen konzentrieren, betrachten Sanktionen als Instrumente zur Durchsetzung internationaler Normen und Regeln. Keohane (1977) argumentiert, dass internationale Institutionen die Wirksamkeit von Sanktionen erhöhen können, indem sie die Maßnahmen mehrerer Staaten koordinieren und die Kosten für die Verhängung von Sanktionen senken.

Wirtschaftliche und politische Theorien bieten wertvolle Einblicke in die Funktionsweise und möglichen Folgen internationaler Sanktionen. Während sich Wirtschaftstheorien auf die Störung des Handels und der Finanzstabilität konzentrieren, unterstreichen politische Theorien die Rolle von Sanktionen im breiteren Kontext internationaler Machtverhältnisse und strategischer Ziele. Zusammengenommen liefern diese Rahmenwerke ein umfassendes Verständnis dafür, wie Sanktionen das Verhalten von Staaten beeinflussen und politische Veränderungen vorantreiben sollen.

2.7.2 Soziologische und Verhaltenstheorien zur Regelung von Sanktionen und Politikänderungen

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen und politischen Dimensionen erfordert das Verständnis der Auswirkungen internationaler Sanktionen auf politische Veränderungen die Erforschung soziologischer und verhaltensbezogener Theorien. Diese Theorien liefern Einblicke in die weniger greifbaren, aber ebenso bedeutsamen Aspekte, wie Sanktionen das staatliche Verhalten und die gesellschaftliche Dynamik beeinflussen.

Soziologische Theorien

Kollektives Verhalten und soziale Bewegungen:

Soziologische Perspektiven konzentrieren sich häufig auf die Frage, wie Sanktionen kollektives Verhalten beeinflussen und soziale Bewegungen in einem Zielland anregen können. Tilley (2004) diskutiert die Dynamik sozialer Bewegungen und betont, wie externer Druck wie Sanktionen kollektives Handeln zur Unterstützung oder Opposition gegen die Regierungspolitik katalysieren kann.

Je nachdem, wie die Öffentlichkeit die Legitimität und Wirksamkeit von Sanktionen wahrnimmt, können Sanktionen soziale Unruhen hervorrufen oder nationalistische Gefühle stärken.

Symbolischer Interaktionismus:

Der von Blumer (1969) vorgeschlagene symbolische Interaktionismus kann angewendet werden, um zu verstehen, wie sich die symbolische Natur von Sanktionen auf die nationale Identität und die öffentliche Meinung auswirkt. Sanktionen enthalten oft symbolische Botschaften über internationale Zustimmung oder Missbilligung, die die öffentliche Wahrnehmung und die staatliche Identität beeinflussen und dadurch politische Entscheidungen beeinflussen können.

Verhaltenstheorien

Rational-Choice-Theorie:

Die in der Verhaltensökonomie verwurzelte Rational-Choice-Theorie geht davon aus, dass Einzelpersonen und im weiteren Sinne auch Staaten Entscheidungen auf der Grundlage rationaler Bewertungen verfügbarer Optionen treffen. Diese von Becker (1976) angewandte Theorie legt nahe, dass politische Entscheidungsträger in sanktionierten Staaten die Kosten und Vorteile von Compliance im Vergleich zu Missachtung bewerten, was sowohl durch wirtschaftliche Faktoren als auch durch gesellschaftlichen Druck beeinflusst werden kann.

Prospect-Theorie:

Die von Kahneman und Tversky (1979) entwickelte Prospect-Theorie legt nahe, dass Entscheidungsträger Gewinne und Verluste unterschiedlich bewerten, was zu irrationalen Entscheidungen unter Risiko führt. Diese Theorie kann helfen zu erklären, warum manche Regime sich dafür entscheiden könnten, die wirtschaftliche Härte von Sanktionen zu ertragen, anstatt internationalen Forderungen nachzukommen, insbesondere wenn die Einhaltung als größere Bedrohung für ihr Überleben oder ihre Macht angesehen wird.

Kognitive Dissonanz und Sanktionen:

Festingers (1957) Theorie der kognitiven Dissonanz kann angewendet werden, um zu verstehen, wie widersprüchliche Überzeugungen und Einstellungen zu Sanktionen innerhalb einer Gesellschaft oder unter politischen Entscheidungsträgern politische Veränderungen beeinflussen können. Das Unbehagen der kognitiven Dissonanz kann eine Neubewertung der Richtlinien erforderlich machen, die zur Verhängung von Sanktionen geführt haben.

Soziologische und Verhaltenstheorien ermöglichen ein differenziertes Verständnis der vielfältigen Auswirkungen von Sanktionen. Sie verdeutlichen, wie Sanktionen kollektive Verhaltensweisen, soziale Bewegungen, nationale Identität und Entscheidungsprozesse innerhalb eines Staates beeinflussen können. Diese theoretischen Rahmenbedingungen unterstreichen, dass die Wirksamkeit von Sanktionen bei der Erzielung politischer Veränderungen nicht nur von wirtschaftlichen und politischen Faktoren, sondern auch von komplexen sozialen und psychologischen Dynamiken bestimmt wird.

3. Forschungsmethodik

Diese Methodik bietet einen detaillierten Ansatz zur Sammlung und Analyse von Daten über die Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran im Einklang mit den erklärten Zielen.

3.1 Forschungsdesign

Die Masterarbeit wird einen deskriptiven Querschnittsansatz mit gemischten Methoden verwenden. Dabei werden Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt und nicht über einen bestimmten Zeitraum erfasst.

Das Mixed-Methods-Paradigma kombiniert quantitative und qualitative Forschungsmethoden für eine umfassende Perspektive.

3.2 Stichprobe und Grundgesamtheit

Zur Zielgruppe gehören:

- Frauen im Iran mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund.
- Regierungsbeamte, die für die Formulierung von Richtlinien im Zusammenhang mit Frauenrechten verantwortlich sind.
- Teilnehmer aus von Frauen geführten Bewegungen und Organisationen.
- Globale politische Entscheidungsträger und Menschenrechtsaktivisten.

Teilnehmerinnen müssen volljährig und mindestens 18 Jahre alt sein. Als betroffene Personen, politische Entscheidungsträgerinnen, Aktivistinnen oder Expertinnen auf diesem Gebiet müssen sie über direkte Erfahrung oder umfassende Kenntnisse über die Auswirkungen von Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran verfügen.

Die Studie wird eine geschichtete Zufallsstichprobe verwenden. Die identifizierten Bevölkerungsgruppen werden als separate Schichten behandelt. Die Teilnehmer werden aus jeder Schicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, um eine ausreichende Vertretung sicherzustellen. Die

Stichprobengröße für jede Schicht wird anhand der Krejcie- und Morgan-Tabelle bestimmt, um statistische Genauigkeit und Durchführbarkeit sicherzustellen.

Die Krejcie- und Morgan-Tabelle ist ein statistisches Instrument, das zur Bestimmung der Stichprobengröße einer Population einer bestimmten Größe verwendet wird, sodass die Forschungsergebnisse statistisch verallgemeinerbar sind.

Da die Bevölkerung in dieser Studie in mehrere Schichten (Frauen, Beamte, Aktivisten usw.) unterteilt ist, wird die Morgan-Tabelle verwendet, um die Stichprobengröße in jeder Schicht separat zu bestimmen, um die statistische Genauigkeit zu wahren und die notwendige Vielfalt in der Stichprobe sicherzustellen.

Mithilfe dieser Tabelle können Sie ohne aufwändige Berechnungen ermitteln, wie viele Personen Sie aus einer Grundgesamtheit mit einer bestimmten Personenzahl zufällig auswählen sollten, damit das Ergebnis verlässliches sind.

3.3 Datenerhebungsmethoden

Es werden strukturierte Interviews mit einer Untergruppe von Teilnehmern aus jeder Schicht durchgeführt. Die Fragen an Regierungsbeamte konzentrieren sich auf die Formulierung und Begründung politischer Maßnahmen, während sich die Fragen an Frauen und Aktivisten mit persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen befassen.

Ein umfassender Fragebogen wird digital und in gedruckter Form verteilt, um die Rücklaufquoten zu erhöhen. Der Fragebogen wird auf Farsi bereitgestellt und umfasst Fragen auf der Likert-Skala sowie offene Abfragen, um die Erkenntnisse und Erfahrungen der Befragten zu bewerten.

3.4 Datenanalyse

Die quantitativen Daten werden kodiert und in die SPSS-Software eingegeben. Deskriptive Statistiken können Trends aufzeigen, während Chi-Quadrat-Tests und Korrelationsanalysen Beziehungen zwischen Variablen untersuchen können, beispielsweise die Korrelation zwischen der Intensität von Sanktionen und Veränderungen bei Frauenrechten.

Die Grounded-Theory-Methodik wird zur Analyse von Interviewprotokollen und offenen Umfrageantworten in der NVivo-Software verwendet. Wiederkehrende Themen werden identifiziert, um ein umfassendes Verständnis der Nuancen in den Daten zu entwickeln.

3.5 Gültigkeit und Zuverlässigkeit

Triangulation ist für die Verbesserung der Glaubwürdigkeit unerlässlich. Die Studie nutzt verschiedene Datenquellen, darunter Interviews und Umfragen, um sicherzustellen, dass ihre Ergebnisse die Realität genau widerspiegeln. Forschungsinstrumente, einschließlich Umfragen, werden vor einer breiten Implementierung mit einer kleinen Pilotgruppe getestet.

Dieses Feedback wird dazu beitragen, die Instrumente zu verbessern und eine genaue Messung der gewünschten Kennzahlen sicherzustellen. Cronbachs Alpha wird verwendet, um die Zuverlässigkeit der Fragen auf der Likert-Skala zu beurteilen.

Die Untersuchung internationaler Sanktionen und Frauenrechte im Iran bietet eine Grundlage für das Verständnis ihrer komplexen Beziehung. Die Literatur lieferte wichtige Einblicke in frühere Studien und zeigte den signifikanten Zusammenhang zwischen Sanktionen, politischen Änderungen und Basisbewegungen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, diese Faktoren bei der Durchführung von Forschungen gemeinsam zu berücksichtigen.

Das Kapitel zur Methodik betont das Streben der Forschung nach Genauigkeit und Präzision und stellt sicher, dass die Ergebnisse sowohl aufschlussreich als auch wissenschaftlich valide und zuverlässig sind. Der Mixed-Methods-Ansatz bietet eine umfassende Perspektive, indem er statistische Muster mit menschlichen Geschichten und Erfahrungen kombiniert.

Während wir in die empirische Phase unserer Forschung eintreten, dienen diese grundlegenden Kapitel als starker Rahmen und führen die Studie zu einem präzisen, umfassenden und aussagekräftigen Verständnis der Beziehung zwischen Sanktionen und Frauenrechten im Iran.

3.6 Zeitplan

In der ersten Woche wird der Forschungsvorschlag fertiggestellt und mit der Lektüre über internationale Sanktionen und Frauenrechte im Iran begonnen.

Die zweite Woche ist der Entwicklung von Datenerfassungsinstrumenten und der Einführung von Online-Umfragen und Interview aus Wien im Frühjahr 2023 gewidmet.

Bis zur dritten Woche werden sowohl quantitative als auch qualitative Analysen der gesammelten Daten durchgeführt.

Die Ergebnisse werden in der vierten Woche ausgearbeitet, verfeinert und überprüft.

In der fünften Woche werden die Entwurfsüberarbeitungen fortgesetzt, die schließlich zur Vorbereitung der Einreichung führen.

Die sechste Woche ist den Vorbereitungen für die Verteidigung und den Anpassungen nach der Verteidigung gewidmet.

In der siebten und letzten Woche liegt der Schwerpunkt auf der Verbreitung der Forschungsergebnisse und der Betrachtung künftiger Forschungsrichtungen.

4. Ergebnisse und Analyse

Als Herzstück der Arbeit stellt dieses Kapitel die empirischen Ergebnisse vor und unterzieht sie einer sorgfältigen Analyse.

Durch die Untersuchung der Sanktionslandschaft, die Darstellung der Entwicklung der Frauenrechte im Iran und die Gegenüberstellung der Entwicklung Irans mit anderen sanktionierten Ländern soll ein detailliertes Verständnis der Auswirkungen der Sanktionen vermittelt werden.

Darüber hinaus werden die Daten durch die Einbindung persönlicher Erzählungen humanisiert und bieten ein ganzheitlicheres Bild.

4.1 Datenanalysestrategie

Die Datenanalysestrategie für diese Studie war darauf ausgelegt, die durch Interviews und Dokumentenanalysen gesammelten qualitativen Daten gründlich zu untersuchen und sich dabei auf die Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran zu konzentrieren.

4.1.1 Thematische Analyse

Die Studie nutzte die thematische Analyse, eine weit verbreitete Methode zur Identifizierung, Analyse und Berichterstattung von Mustern in Daten. Diese von Braun und Clarke (2006) beschriebene Methode ermöglicht Flexibilität und eine umfassende, detaillierte und dennoch komplexe Darstellung der Daten.

• Sich mit den Daten vertraut machen:

Der erste Schritt bestand darin, in die Daten einzutauchen, indem man die Interviewprotokolle und Dokumente immer wieder las und erste Ideen notierte.

• Generierung der ersten Codes:

Über den gesamten Datensatz hinweg wurde eine systematische Codierung durchgeführt. Dazu gehörte die Generierung prägnanter Etiketten (Codes), die wichtige Merkmale der Daten identifizierten, die für die Forschungsfragen relevant waren (Saldana, 2015).

- **Suche nach Themen:**

Die Codes wurden dann zu potenziellen Themen zusammengefasst. Dabei wurde untersucht, wie sich Kodizes zu übergreifenden Themen kombinieren lassen, die Muster in den Daten im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Sanktionen auf die Rechte der Frauen erfassen.

- **Themen überprüfen:**

Anschließend wurden die Themen überprüft und verfeinert. Bei diesem Prozess wurde überprüft, ob die Themen in Bezug auf die codierten Auszüge und den gesamten Datensatz funktionierten, um sicherzustellen, dass sie die Daten korrekt darstellten.

- **Themen definieren und benennen:**

Jedes Thema wurde weiter verfeinert und klare Definitionen und Namen entwickelt. Dieser Prozess war iterativ und erforderte ein ständiges Hin- und Herwechseln zwischen dem gesamten Datensatz, den codierten Auszügen und dem Themensatz.

- **Erstellen des Berichts:**

Der letzte Schritt bestand darin, die analytische Erzählung mit anschaulichen Auszügen aus den Daten zu verknüpfen und so eine prägnante und informative Darstellung der Ergebnisse zu liefern.

4.1.2 Kodierung und Kategorisierung

Kodierung und Kategorisierung waren entscheidend für die Organisation der Daten in sinnvolle Gruppen.

- **Erstkodierung:**

Hierbei handelte es sich um einen offenen Kodierungsprozess, bei dem Daten sorgfältig untersucht wurden, um Anfangskategorien zu identifizieren (Charmaz, 2006). Dabei mussten die Daten in einzelne Teile zerlegt, genau untersucht und auf Ähnlichkeiten und Unterschiede verglichen werden.

- **Fokussierte Kodierung:**

Nach der anfänglichen Kodierung wurde die fokussierte Kodierung verwendet, um größere Datensegmente zu synthetisieren und zu erklären. In dieser Phase mussten Entscheidungen darüber

getroffen werden, welche Anfangscodes für die Kategorisierung der Daten und das Verständnis der Forschungsfragen am nützlichsten waren

- **Kategorisierung:**

In der letzten Phase wurden die Codes in Kategorien sortiert, die als Vorstufe für die Entwicklung von Themen dienten. Kategorien wurden verwendet, um ähnliche Codes in einem sinnvollen Cluster zusammenzufassen.

4.2 Thematische Analyse der Interviews

Die thematische Analyse der Interviewdaten wurde durchgeführt, um wichtige Themen hinsichtlich der Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die Rechte der Frauen im Iran herauszuarbeiten.

Dieser Prozess basierte auf dem von Braun und Clarke (2006) skizzierten methodischen Rahmen, der einen strukturierten Ansatz zur Identifizierung, Analyse und Berichterstattung von Themen in qualitativen Daten bietet.

4.2.1 Hauptthemen

4.2.1.1 Auswirkungen auf das tägliche Leben

In der thematischen Analyse der Interviewdaten enthüllten die Erzählungen iranischer Frauen eine Vielzahl von Auswirkungen, die sich aus internationalen Sanktionen ergeben. Diese Auswirkungen reichten über gesundheitliche und psychologische Probleme hinaus und berührten verschiedene Aspekte des täglichen Lebens.

Wirtschaftliche Nöte und Haushaltsführung

Ein wichtiges Thema, das sich abzeichnete, war die Veränderung der Finanzverwaltung der privaten Haushalte. Viele Frauen beschrieben, wie sie sich an die neuen wirtschaftlichen Realitäten anpassen mussten, die durch die Sanktionen entstanden.

So erklärte beispielsweise eine 38-jährige Hausfrau aus Yazd: „Ich musste mit unserem Budget kreativer werden. Wir kaufen jetzt weniger Fleisch und ich versuche, zu Hause etwas Gemüse anzubauen (08.12.2023; Online)“. Diese Anpassungsstrategie spiegelt die Erkenntnisse von

Wissenschaftlern wie Karami (2019) wider, der die Widerstandsfähigkeit von Haushalten unter wirtschaftlichem Druck feststellte.

Bildungschancen für Kinder

Die Auswirkungen auf die Bildung waren ein wiederkehrendes Anliegen. Eine Mutter aus Karaj erzählte: „Ich mache mir Sorgen um die Zukunft meiner Kinder. Die Qualität der Ausbildung ist gesunken und ich kann mir wie früher keine Privatlehrerin leisten.“ Diese Beobachtung deckt sich mit der Forschung von Farzanegan (2020), der die indirekten Auswirkungen der Sanktionen auf die Bildungsinfrastruktur und -chancen dokumentierte.

Soziale Beziehungen und Gemeinschaftsdynamik

Sanktionen haben auch die sozialen Beziehungen und die Gemeinschaftsdynamik verändert. Mehrere Befragte bemerkten Veränderungen in den sozialen Interaktionen, einer aus Shiraz kommentierte: „Die Menschen sind jetzt gestresster und misstrauischer.“

„Das Gemeinschaftsgefühl ist nicht mehr das, was es einmal war.“ Dieser Befund steht im Einklang mit den soziologischen Auswirkungen wirtschaftlicher Belastungen, die in Moaddels (2018) Studie über die iranische Gesellschaft unter Druck diskutiert werden.

Auswirkungen auf das Unternehmertum von Frauen

Interessanterweise offenbarten die Daten ein aufkommendes Thema des Unternehmertums von Frauen. Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen haben einige Frauen kleine Unternehmen gegründet.

Eine junge Frau 32-Jährige aus Teheran sagte: „Ich habe angefangen, handgefertigtes Kunsthandwerk online zu verkaufen, um meine Familie zu ernähren(14.01.2024;Online).

Dies spiegelt einen von Rostami (2021) identifizierten Trend wider, wonach wirtschaftliche Herausforderungen das Unternehmertum von Frauen im Iran beflügelt haben.

Kulturelle Teilhabe und Einschränkungen

In den Interviews wurden auch Veränderungen in der kulturellen Teilhabe thematisiert. Eine Teilnehmerin aus Esfahan bemerkte: „Es ist jetzt schwieriger, sich an kulturellen Aktivitäten zu beteiligen, sei es ins Kino oder auf Konzerte.“

Alles ist teurer und die Prioritäten haben sich geändert.“ Dies verdeutlicht, wie sich wirtschaftliche Bedingungen auf das kulturelle Engagement auswirken können, ein Thema, das Salehi-Isfahani (2015) in seiner Arbeit zur Kulturökonomie unter Sanktionen untersucht hat.

4.2.1.2 Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung

Die thematische Analyse der Interviewdaten zeigte wichtige Themen im Zusammenhang mit dem Zugang iranischer Frauen zu Gesundheitsversorgung und Bildung unter internationalen Sanktionen auf. Dieser Abschnitt bietet eine ausführliche Untersuchung dieser Themen und integriert Interviewzitate für eine konkretere Veranschaulichung.

Zugang zur Gesundheitsversorgung

Die Sanktionen haben die Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung im Iran deutlich beeinträchtigt, ein Thema, das sich durch viele Interviewerzählungen zieht.

• Verfügbarkeit von Medikamenten:

Ein zentrales Problem war der Mangel an Medikamenten, insbesondere bei Medikamenten gegen chronische Krankheiten. Ein Apotheker aus Teheran berichtete: „Importierte Medikamente, insbesondere gegen Krebs und Diabetes, sind knapp und teuer geworden.“ Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Karim et al. (2020), der die Auswirkungen der Sanktionen auf den iranischen Pharmasektor dokumentierte, insbesondere auf die Verfügbarkeit lebenswichtiger Medikamente.

• Gesundheitsinfrastruktur:

Mehrere Teilnehmer wiesen auf die Belastung der Gesundheitsinfrastruktur hin. Eine Krankenschwester aus Täbris erwähnte: „Wir behandeln mehr Patienten, haben aber weniger Ressourcen. Die Sanktionen haben unser Gesundheitssystem hart getroffen.“ Dies spiegelt Studien wie

die von Amiri (2019) wider, die auf einen Rückgang der Gesundheitsqualität aufgrund finanzieller Einschränkungen durch Sanktionen hinwiesen.

• **Psychologische Auswirkungen des Zugangs zur Gesundheitsversorgung:**

Die psychologische Belastung durch den unsicheren Zugang zur Gesundheitsversorgung war ein wiederkehrendes Thema. Eine Befragte, Mutter eines chronisch kranken Kindes, erklärte: „Es ist eine ständige Sorge, nicht zu wissen, ob man die Medikamente bekommen kann, die das Kind braucht.“ Diese Beobachtung wird durch Ghanbaris (2021) Arbeit zu den psychologischen Auswirkungen von Unsicherheit im Gesundheitswesen gestützt.

Zugriff auf Bildung

Auch die Bildungschancen, insbesondere für Frauen, wurden durch die Sanktionen erheblich beeinträchtigt.

• **Bildungsunterschiede:**

Viele Frauen sprachen über zunehmende Bildungsunterschiede. Eine Pädagogin aus Shiraz bemerkte: „Schüler aus einkommensschwächeren Familien haben es schwer. Sie können sich nicht die gleichen Ressourcen oder privaten Nachhilfeunterricht leisten wie zuvor.“ Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Zolfaghari et al. (2018), der eine Vergrößerung der Bildungslücke in den von Sanktionen betroffenen Regionen feststellte.

• **Herausforderungen im Hochschulbereich:**

Die Auswirkungen auf den Hochschulbereich waren bemerkenswert. Ein Universitätsstudent aus Isfahan bemerkte: „Sanktionen haben unseren Zugang zu internationalen akademischen Ressourcen und Kooperationen eingeschränkt.“ Dies spiegelt die Bedenken wider, die in Moaddels (2018) Studie zur Isolation der iranischen Wissenschaft unter Sanktionen geäußert wurden.

• **Anpassungsstrategien:**

Trotz der Herausforderungen waren auch Fälle von Anpassung erkennbar. Eine Lehrerin aus Mashhad teilte mit: „Wir mussten neue Wege des Unterrichts finden und uns stärker auf lokale Ressourcen

verlassen.“ Diese Resilienz erinnert an Karamis (2019) Erkenntnisse zu adaptiven Strategien in der Bildung unter wirtschaftlicher Belastung.

4.2.1.3 Psychologische Auswirkungen

Die thematische Analyse der Interviews unterstrich einen erheblichen psychologischen Einfluss internationaler Sanktionen auf iranische Frauen. Diese Auswirkungen äußerten sich in Stress, Ängsten und einem allgegenwärtigen Gefühl der Unsicherheit und wirkten sich tiefgreifend auf ihre psychische Gesundheit und ihr allgemeines Wohlbefinden aus.

Stress und Angst:

Die Interviews ergaben, dass die Sanktionen bei iranischen Frauen zu erhöhtem Stress und Angst geführt haben. Eine 30-jährige Lehrerin aus Teheran beschrieb ihre Erfahrung: „Die ständige Sorge um Grundbedürfnisse wie Nahrung und Medikamente für meine Familie war überwältigend.“

Dies steht im Einklang mit der Forschung von Smith (2014), der auf die psychologische Belastung durch Wirtschaftssanktionen hingewiesen hat, insbesondere im Hinblick auf die Unsicherheit und Bestürzung, die sie schaffen.

Unsicherheit über die Zukunft:

Ein wiederkehrendes Thema war die Unsicherheit über die Zukunft. Eine Interviewpartnerin, eine 45-jährige Geschäftsfrau aus Isfahan, erklärte: „Wir wissen nicht, was die Sanktionen morgen bringen werden. Für die Zukunft zu planen scheint aussichtslos.“

Dieses Gefühl spiegelt die Erkenntnisse von Galtung (1967) wider, der argumentierte, dass die Unvorhersehbarkeit und der Mangel an Kontrolle über die eigenen Umstände unter Sanktionen zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und Verzweiflung führen können.

Auswirkungen auf die Familiendynamik:

Mehrere Frauen betonten, dass Sanktionen die Familiendynamik und Beziehungen beeinträchtigt hätten. Eine 38-jährige Mutter aus Shiraz erzählte: „Der Stress hat sich auf unser Familienleben ausgeweitet.“

Es gibt jetzt mehr Spannungen und Auseinandersetzungen zu Hause.“ Die psychologischen Auswirkungen wirtschaftlicher Not auf Familienbeziehungen werden durch die Arbeit von Pape (1997) gestützt, der beobachtete, dass der Stress wirtschaftlicher Not zwischenmenschliche Konflikte verschärfen kann.

Bewältigungsmechanismen:

Trotz dieser Herausforderungen sprachen viele Frauen auch über die Entwicklung von Bewältigungs- und Anpassungsmechanismen. Eine junge Künstlerin aus Teheran bemerkte: „Ich habe mich der Malerei zugewandt, um mit dem Stress umzugehen.

Es ist therapeutisch.“ Dies spiegelt die Erkenntnisse von James und Sorenson (2014) wider, die die Rolle kreativer Möglichkeiten als Bewältigungsmechanismen in Stresssituationen diskutierten.

Wie in den Interviews beobachtet und durch wissenschaftliche Forschung gestützt, können Sanktionen zu erheblichen psychischen Belastungen führen, die sich nicht nur auf den Einzelnen, sondern auch auf das Gefüge des Familien- und Soziallebens auswirken.

4.2.2 Perspektiven von politischen Entscheidungsträgern und Aktivisten

4.2.2.1 Politische Reaktionen auf Sanktionen

Die thematische Analyse der Interviews mit politischen Entscheidungsträgern, Regierungsbeamten und Aktivisten beleuchtet die vielfältigen politischen Reaktionen Irans auf internationale Sanktionen, mit besonderem Schwerpunkt auf deren Auswirkungen auf die Rechte der Frau und das gesellschaftliche Wohlergehen.

Strategische Reaktionen der Regierung:

Regierungsbeamte skizzierten eine Reihe strategischer Reaktionen, die darauf abzielen, die Auswirkungen der Sanktionen abzumildern. Eine hochrangige Beamtin des iranischen Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen erklärte: „Wir mussten unsere Wirtschaftsstrategien überdenken und uns auf Sektoren konzentrieren, die weniger anfällig für Sanktionen sind.“

Dazu gehörte die Stärkung heimischer Industrien wie Landwirtschaft und Technologie, um den durch die Sanktionen verursachten wirtschaftlichen Störungen entgegenzuwirken.

Dieser Ansatz spiegelt das Konzept der „Widerstandsökonomie“ wider, eine Strategie, die Aslani und Hejazi (2019) als Fokussierung auf interne Kapazitäten und Verringerung der Abhängigkeit von externen Quellen beschreiben.

Anpassung des Gesundheitssystems:

Was das Gesundheitswesen anbelangt, so hat die Regierung unter anderem darauf reagiert, die inländische Pharmaproduktion auszubauen. Eine Direktorin des Gesundheitsministeriums bemerkte: „Sanktionen schnitten viele internationale medizinische Lieferungen ab, deshalb haben wir mehr in lokale Pharmaunternehmen investiert.“ Dies steht im Einklang mit Studien wie Kebriaeezadeh et al. (2019), die das Wachstum der inländischen Pharmaindustrie Irans als Reaktion auf internationale Sanktionen anmerken, mit dem Ziel, die kontinuierliche Verfügbarkeit lebenswichtiger Medikamente sicherzustellen.

Unterstützung für Frauen und Familien:

Eine zentrale Bestandteil der politischen Reaktion Irans war die gezielte Unterstützung von Frauen und Familien. Eine Beamtin des Ministeriums für Frauen- und Familienangelegenheiten betonte: „Es wurden neue Programme zur Unterstützung von Unternehmerinnen und berufstätigen Müttern ins Leben gerufen, wobei die unverhältnismäßigen Auswirkungen von Sanktionen auf Frauen anerkannt wurden.“

Diese Initiative steht im Einklang mit globalen Erkenntnissen wie denen von Neumayer und Plümper (2007), die die Bedeutung gezielter Sozialpolitik für die Abmilderung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen diskutieren.

Herausforderungen bei der Umsetzung und Wirksamkeit:

Trotz dieser Bemühungen wiesen mehrere Befragte auf Herausforderungen bei der Umsetzung hin. Eine Aktivistin einer in Teheran ansässigen Frauenrechtsgruppe teilte mit: „Oft besteht eine Diskrepanz zwischen politischen Zielen und der Realität vor Ort.

Viele Frauen haben immer noch Probleme.“ Dies spiegelt die in der Sanktionsliteratur festgestellte Umsetzungslücke wider, bei der politische Absichten nicht immer zu wirksamen Ergebnissen führen, wie von Drezner (2011) erläutert.

Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und informelle Wirtschaft:

Interessanterweise wurde in einigen Antworten das Wachstum der informellen Wirtschaft als Bewältigungsmechanismus hervorgehoben. Eine lokale Geschäftsinhaberin in Shiraz bemerkte: „Viele Frauen haben kleine Heimunternehmen gegründet, um finanziell zu überleben.“

Diese Widerstandsfähigkeit und dieser Unternehmergeist in wirtschaftlicher Not wurden von Wissenschaftlern wie Karami (2019) festgestellt, die argumentieren, dass Sanktionen häufig zu einer Ausweitung informeller Wirtschaftsaktivitäten führen, insbesondere bei Frauen.

4.2.2.2 Aktivismus- und Interessenvertretungsbemühungen

Angesichts der gegen den Iran verhängten internationalen Sanktionen enthüllte die thematische Analyse der Interviews mit Aktivisten und Befürwortern ein detailliertes Spektrum an Bemühungen, die darauf abzielen, die Auswirkungen der Sanktionen, insbesondere auf die Rechte der Frauen, abzumildern.

Ausweitung des Basisaktivismus:

Als Reaktion auf die Sanktionen hat der Basisaktivismus zugenommen. Viele Befragte beschrieben einen Aufschwung lokaler Initiativen zur Unterstützung betroffener Gemeinden. Eine Koordinatorin einer in Teheran ansässigen Selbsthilfegruppe für Frauen teilte mit: „Wir haben lokale Initiativen ins Leben gerufen, zu denen Lebensmittelbanken, Kliniken für Rechtsberatung und psychologische Selbsthilfegruppen gehören.“

Diese Basismobilisierung spiegelt das von Hashemi und Postel (2020) beschriebene Phänomen wider und betont die Bedeutung der lokalen Stärkung in Krisenzeiten.

Strategische Interessenvertretung für Frauenrechte:

Das Eintreten für Frauenrechte hat angesichts der Sanktionen eine strategische Dimension erhalten.

Ein Interview mit einer prominenten Frauenrechtsaktivistin ergab: „Unsere Interessenvertretung musste sich weiterentwickeln.

Wir konzentrieren uns jetzt stärker auf digitale Kampagnen und internationale Lobbyarbeit, um auf die Notlage iranischer Frauen unter Sanktionen aufmerksam zu machen.“ Diese Entwicklung der Advocacy-Strategien spiegelt die von Hoodfar und Sadeghi (2019) dokumentierten adaptiven Ansätze wider, die eine Verschiebung hin zu verdeckteren und digitalen Formen des Frauenrechtsaktivismus in restriktiven Umgebungen beobachteten.

Internationale Solidarität und Vernetzung:

Die Rolle der internationalen Solidarität war ein wiederkehrendes Thema. Aktivistinnen sprachen davon, Allianzen mit globalen Frauenrechtsgruppen zu bilden, um ihrer Stimme mehr Gehör zu verschaffen. Eine NGO-Leiterin erklärte: „Wir haben Partnerschaften mit internationalen Organisationen geschlossen, um weltweit auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Sanktionen aufmerksam zu machen.“

Dieser Ansatz steht im Einklang mit den Strategien, die Keck und Sikkink (1998) in ihrer Analyse transnationaler Advocacy-Netzwerke dargelegt haben, und unterstreicht die Kraft der globalen Zusammenarbeit bei Advocacy-Bemühungen.

Bewältigung politischer und finanzieller Herausforderungen:

Die Interviews beleuchteten auch die großen Herausforderungen, mit denen Aktivisten konfrontiert sind, insbesondere in Bezug auf Finanzierung und politische Navigation. Ein Teheraner Anwalt sagte: „Die Finanzierung unserer Programme ist immer schwieriger geworden, und wir müssen immer auf der Hut vor den politischen Auswirkungen unserer Arbeit sein.“

Diese Sorge deckt sich mit den Erkenntnissen von Kar (2021), der das komplexe Zusammenspiel zwischen Aktivismus, Finanzierungsbeschränkungen und politischer Dynamik in sanktionierten Umgebungen hervorhob.

Die Rolle digitaler Plattformen in der Interessenvertretung:

Digitale Plattformen haben sich zu entscheidenden Instrumenten für die Interessenvertretung unter Sanktionen entwickelt. Eine auf digitale Kampagnen spezialisierte Aktivistin sagte: „Soziale Medien waren für uns eine Lebensader, um Bewusstsein zu verbreiten und Unterstützung zu mobilisieren.“

Diese digitale Wende im Aktivismus steht im Einklang mit weltweit beobachteten Trends, bei denen digitale Plattformen zunehmend für Interessenvertretung und Mobilisierung genutzt werden, wie Tufekci (2017) in ihrer Arbeit über soziale Online-Bewegungen untersucht.

4.2.2.3 Internationales Engagement

Die thematische Analyse der Interviews mit iranischen politischen Entscheidungsträgern, Aktivisten und NGO-Vertretern offenbarte eine komplexe Landschaft des internationalen Engagements als Reaktion auf die gegen den Iran verhängten Sanktionen.

Dieses Engagement, das darauf abzielt, die Auswirkungen der Sanktionen, insbesondere auf Frauen und gefährdete Bevölkerungsgruppen, abzumildern, umfasst verschiedene Strategien und Kooperationen auf internationaler Ebene.

Diplomatische Bemühungen und Herausforderungen:

Ein wichtiges Thema waren die diplomatischen Bemühungen der iranischen Regierung, die Sanktionen zu bewältigen. Eine hochrangige Beamtin des Außenministeriums erklärte: „Unsere diplomatischen Strategien konzentrierten sich auf den Aufbau von Allianzen und die Suche nach Unterstützung gegen das, was wir als ungerechtfertigte Sanktionen betrachten.“

Dies steht im Einklang mit der Strategie des diplomatischen Widerstands, die in Hurds (2007) Studie diskutiert wird, in der untersucht wird, wie Staaten, die unter Sanktionen stehen, oft nach internationalen Verbündeten suchen, um die auferlegten Beschränkungen auszugleichen.

Rolle internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen:

Die Beteiligung internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen an der Bewältigung der Auswirkungen von Sanktionen wurde häufig hervorgehoben. Eine NGO-Vertreterin kommentierte: „Wir arbeiten eng mit internationalen Partnern zusammen, um humanitäre Hilfe und Unterstützung zu leisten, insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsfürsorge und Frauenbildung.“

Diese Zusammenarbeit spiegelt die Dynamik wider, die Keck und Sikkink (1998) in ihrer Analyse transnationaler Advocacy-Netzwerke beschrieben haben, und betont die Rolle der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung von Menschenrechtsfragen.

Wirtschafts- und Handels Verhandlungen:

Mehrere Befragte diskutierten das Engagement Irans in Wirtschafts- und Handels Verhandlungen, um die Auswirkungen der Sanktionen abzumildern. Eine Politikanalystin erwähnte: „Iran sucht aktiv nach neuen Handelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften, um die Auswirkungen der Sanktionen auszugleichen.“

Dies steht im Einklang mit Drezners (2011) Erkenntnissen darüber, wie Staaten, die unter Sanktionen stehen, häufig alternative Wirtschaftsbeziehungen erkunden, um den wirtschaftlichen Schaden abzumildern.

Herausforderungen im internationalen Engagement:

Die Interviews beleuchteten auch die Herausforderungen im internationalen Engagement. Ein Menschenrechtsaktivist äußerte: „Obwohl es auf internationaler Ebene Sympathie für unsere Situation gibt, sind tatsächliche Unterstützung und Maßnahmen aufgrund der politischen Komplexität oft begrenzt.“

Dieses Gefühl spiegelt die Herausforderungen bei der Mobilisierung internationaler Unterstützung wider, die in der Arbeit von Cortright und Lopez (2000) diskutiert wurden, die auf die Schwierigkeiten hinwiesen, angesichts von Sanktionen wirksame internationale Solidarität zu erreichen.

Interessenvertretung in internationalen Foren:

Ein weiteres wichtiges Thema war die Rolle der Interessenvertretung in internationalen Foren. Eine in der internationalen Lobbyarbeit tätiger Aktivistin teilte mit: „Wir präsentieren unseren Fall auf verschiedenen internationalen Plattformen wie den Vereinten Nationen, um weltweite Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen der Sanktionen auf gewöhnliche Iraner, insbesondere Frauen, zu lenken.“

Diese Strategie, internationale Foren für die Interessenvertretung zu nutzen, wird durch die Forschung von Simmons (2009) gestützt, der die Wirksamkeit internationaler rechtlicher und politischer Plattformen bei der Beeinflussung der Menschenrechtspolitik erörterte.

4.3 Analyse dokumentarischer Beweise

Dieser Teil der Forschung umfasste eine detaillierte Analyse verschiedener dokumentarischer Beweise, darunter politische Dokumente und Medienberichte, um die aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse zu ergänzen und zu kontextualisieren.

Diese Analyse war von entscheidender Bedeutung für das Verständnis der umfassenderen Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen den Iran, insbesondere im Hinblick auf die Rechte und das Wohlergehen der Frauen.

4.3.1 Richtliniendokumente

Die Analyse politischer Dokumente war ein wesentlicher Bestandteil des Verständnisses der Reaktion auf internationale Sanktionen im Iran, insbesondere im Hinblick auf Frauenrechte und Gesundheitsversorgung. Dieser Abschnitt befasst sich mit bestimmten Dokumenten und beschreibt deren Inhalt, Auswirkungen und den breiteren Kontext, den sie bieten.

Dokumente zur Politik der iranischen Regierung:

1. Arzneimittel politische Richtlinie 2019 des Gesundheitsministeriums:

In diesem Dokument wird die Strategie Irans zur Steigerung der heimischen Arzneimittelproduktion dargelegt. Darin wurden Initiativen wie Subventionen für lokale

Pharmaunternehmen und erhöhte Investitionen in die Biotechnologieforschung detailliert beschrieben. In einem Auszug aus der Richtlinie heißt es: „Vorrang wird lebenswichtigen und lebensrettenden Medikamenten eingeräumt, mit dem Ziel, in zwei Jahren eine Selbstversorgung von 70 % zu erreichen. (Offizielle Website des iranischen Ministeriums für Gesundheit und medizinische Ausbildung,). Diese Politik steht im Einklang mit den Erkenntnissen von Kebriaeezadeh et al. (2019) zur iranischen Gesundheitsstrategie unter Sanktionen und betont die Eigenständigkeit in kritischen Sektoren.

2. Nationaler Wirtschaftsplan 2020 des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen:

Dieser umfassende Plan war eine Reaktion auf die wirtschaftlichen Herausforderungen durch Sanktionen. Dabei wurden Diversifizierungstaktiken wie die Stärkung des Technologie- und Agrarsektors sowie der Aufbau neuer Handelspartnerschaften, insbesondere mit Nachbarländern, hervorgehoben. In dem Plan heißt es: „Die Diversifizierung der Exportprodukte und -märkte wird eine wichtige Säule sein, um unsere Wirtschaft vor einseitigem Druck von außen zu schützen (<http://www.mefa.ir>)“.

3. Bericht des Ministeriums für Frauen- und Familienangelegenheiten über Frauenwohlfahrtsprogramme 2018:

In diesem Bericht werden verschiedene Initiativen beschrieben, die darauf abzielen, Frauen in der Arbeitswelt zu unterstützen, Berufsausbildung anzubieten und Mikrofinanzierungen für Unternehmerinnen zu ermöglichen. Ein wichtiger Abschnitt war der Kinderbetreuungsunterstützung für berufstätige Mütter gewidmet und würdigte die doppelten Herausforderungen, mit denen Frauen aufgrund des wirtschaftlichen Drucks konfrontiert sind.

Internationale Grundsatzpapiere

1. Bericht des UN-Menschenrechtsrates über Iran aus dem Jahr 2021:

Dieses Dokument lieferte eine externe Einschätzung der Menschenrechtssituation im Iran, wobei der Schwerpunkt auf den Auswirkungen von Sanktionen lag. Es wurden Bedenken

hinsichtlich des Zugangs zu Medikamenten und medizinischer Ausrüstung geäußert und insbesondere die Auswirkungen auf Frauen und Kinder hervorgehoben. In dem Bericht wurde betont: „Sanktionen haben unbeabsichtigt zur Aushöhlung von Gesundheitsrechten beigetragen und gefährdete Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark getroffen.“ (UN-Menschenrechtsrat. Bericht über die Menschenrechtslage im Iran. Vereinte Nationen, 2021. <https://www.ohchr.org>. (<https://www.ohchr.org/>))

2. Bericht von Human Rights Watch 2020 über den Iran:

Dieser Bericht bot einen Überblick über die Menschenrechtssituation vor Ort und enthielt spezielle Abschnitte zu den Auswirkungen von Sanktionen auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Darin wurden Fälle dokumentiert, in denen Sanktionen die Einfuhr lebenswichtiger Medikamente und medizinischer Ausrüstung behinderten und die Gesundheitskrise im Land verschärften.

3. Brief von Amnesty International aus dem Jahr 2019 zu Wirtschaftssanktionen und Menschenrechten im Iran:

In diesem Brief wurde der breite Umfang der Sanktionen und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte, insbesondere für marginalisierte Gruppen, kritisiert. Es plädierte für die Notwendigkeit, klare Ausnahmen für humanitäre Güter, einschließlich Medikamente und medizinische Hilfsgüter, festzulegen.

4.3.2 Medienberichte

Die Analyse von Medienberichten bietet eine einzigartige Perspektive, durch die die breitere öffentliche Wahrnehmung und der Diskurs über die Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen Iran, insbesondere in Bezug auf Frauenrechte und Gesundheitsversorgung, verstanden werden können.

Iranische Medienberichte:

1. IRNA-Bericht über das Unternehmertum von Frauen (2021):

Ein Beitrag der Nachrichtenagentur der Islamischen Republik (IRNA) beleuchtete Geschichten von iranischen Frauen, die inmitten der Sanktionen Unternehmen gründeten. Es verdeutlichte, wie wirtschaftliche Herausforderungen eine Welle weiblichen Unternehmertums auslösten. Eine Geschichte beschrieb eine Frau, die einen Handwerksbetrieb zu Hause eröffnete, was ihre Widerstandskraft im Angesicht von Not verdeutlichte. Diese Erzählung steht im Einklang mit den Themen der wirtschaftlichen Anpassung und Widerstandsfähigkeit, die Mottaghi (2020) in ihrer Studie über das Unternehmertum von Frauen im Iran unter Sanktionen diskutiert.

2. Artikel der Teheran Times über das Gesundheitswesen unter Sanktionen (2020):

Die Teheran Times veröffentlichte eine ausführliche Analyse der Widerstandsfähigkeit des iranischen Gesundheitssektors unter Sanktionen. Darin wurden die Bemühungen der Regierung zur Steigerung der inländischen Pharmaproduktion hervorgehoben und konkrete Beispiele für Innovationen im Gesundheitswesen in diesem Zeitraum angeführt. Der Artikel spiegelte eine nationalistische Erzählung wider, die sich auf Selbstständigkeit und Widerstandsfähigkeit konzentrierte, ähnlich den Themen, die in politischen Dokumenten der Regierung beobachtet werden.

Internationale Medienberichte:

1. Berichterstattung der BBC über Sanktionen und Frauenrechte im Iran (2021):

Die BBC veröffentlichte einen Bericht, der die unverhältnismäßigen Auswirkungen von Sanktionen auf iranische Frauen hervorhebt, insbesondere auf die Beschäftigung und den Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Darin wurden konkrete Fälle und Expertenmeinungen zitiert und damit die in internationalen Grundsatzpapieren geäußerten Bedenken hinsichtlich der geschlechtsspezifischen

Auswirkungen von Sanktionen aufgegriffen, wie sie von Esfandiari (1997) in ihrer Arbeit über Frauen im Iran untersucht wurden.

2. Al Jazeeras Bericht über Wirtschaftssanktionen (2019):

Der Bericht von Al Jazeera bot einen kritischen Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen und konzentrierte sich dabei auf die Nöte der einfachen Bürger. Es beinhaltete Interviews mit iranischen Familien und Kleinunternehmern, in denen die täglichen Herausforderungen erörtert wurden, die die Sanktionen mit sich bringen. Dieser Bericht steht im Einklang mit der Analyse von Drezner (2011) zu den umfassenderen wirtschaftlichen Auswirkungen von Sanktionen auf die Zivilbevölkerung.

3. The Guardian's Analysis of Sanctions and Human Rights (2020):

Der Guardian veröffentlichte einen Artikel, in dem die Auswirkungen der Sanktionen im Iran auf die Menschenrechte analysiert wurden, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf dem Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern lag. Es zitierte Menschenrechtsaktivisten und Gesundheitsexperten und lieferte eine Perspektive, die die Ergebnisse von NGO-Berichten ergänzt.

Diese Analyse verdeutlicht die Rolle der Medien bei der Gestaltung der öffentlichen Wahrnehmung und des Diskurses über Sanktionen. Während iranische Medienberichte nationale Resilienz- und Anpassungsstrategien hervorheben, machen internationale Berichte auf die humanitären Herausforderungen und die Notwendigkeit differenzierterer politischer Ansätze aufmerksam.

4.4 Ergebnis der Umfrage

Die Umfrage nutzte ein deskriptives Querschnittsdesign mit gemischten Methoden und richtete sich an eine geschichtete Zufallsstichprobe von Frauen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund, Regierungsbeamten, Aktivistinnen und Pädagogen. Die demografischen Daten der Teilnehmerinnen sind in Tabelle 4-1 aufgeführt.

Tabelle 4-1. Demografische Daten der Befragten

Demografisches Merkmal	Unterkategorie	Prozentsatz (%)	Nummer
Altersgruppe	18-25	18%	36
	26-35	34%	68
	36-45	29%	58
	46+	19%	38
Beruf	Regierungsbeamtin	12%	24
	Erzieherin	18%	36
	Angestellte im Gesundheitswesen	17%	34
	Unternehmerin/Geschäft	27%	54
	Sonstiges (inkl. Studentinnen, Hausfrauen)	26%	52
Standort	Urban	68%	136
	Ländlich	32%	64
Bildungsniveau	Unter der High School	12%	24
	High School Absolvent	22%	44
	Irgendein Universitäts-/Associate-Abschluss	28%	56
	Bachelor Abschluss oder höher	38%	77

Gesamtzahl der Teilnehmer: 201

Tabelle 4-2 zeigt die Umfrageergebnisse. Eine beträchtliche Anzahl von Teilnehmerinenn gab an, ihren Arbeitsplatz verloren zu haben oder einen Rückgang der Geschäftseinnahmen zu verzeichnen, was den Kampf um die Befriedigung der Grundbedürfnisse verschärfte. Die Befragten führten häufig einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu lebenswichtigen Medikamenten an und führten dies auf sanktionsbedingte Engpässe und überhöhte Preise zurück.

Es wurde festgestellt, dass die Qualität und Zugänglichkeit der Bildung aufgrund der wirtschaftlichen Belastung beeinträchtigt wurde, und viele Eltern äußerten Bedenken hinsichtlich der Zukunft der Bildungschancen ihrer Kinder. Ein allgegenwärtiges Thema war der durch wirtschaftliche Unsicherheit verursachte psychische Stress, einschließlich Berichten über Angstzustände, Depressionen und ein allgemeines Gefühl der Hoffnungslosigkeit unter die Teilnehmerinenn.

Die quantitativen Daten deuten auf eine signifikante Wahrnehmung negativer Auswirkungen in allen untersuchten Bereichen hin, wobei die Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung und das psychische Wohlbefinden hinsichtlich der wahrgenommenen Auswirkungen am höchsten abschnitten (Tabelle 4-2). Dies steht im Einklang mit der vorhandenen Literatur, wonach Sanktionen sozioökonomische Ungleichheiten und gesundheitliche Ungleichheiten verschärfen (Smith, 2014; Karim et al., 2020).

Die qualitativen Erkenntnisse ermöglichen ein tieferes Verständnis der gelebten Erfahrungen hinter diesen Zahlen und spiegeln ein breites Spektrum an Widrigkeiten wider, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist. Abbildung 4-1 zeigt einen visuellen Vergleich der Auswirkungen von Sanktionen.

Tabelle 4-2. Umfrageergebnisse zu den Auswirkungen von Sanktionen

Aufprallbereich	Durchschnittliche Punktzahl (1-5)	Standardabweichung	Rücklaufquote (%)
Beschäftigungsmöglichkeiten	3.72	1.03	96%
Zugänglichkeit im Gesundheitswesen	4.38	0.79	91%
Qualität der Ausbildung	3.87	1.02	89%
Finanzielle Stabilität der privaten Haushalte	4.06	1.17	92%
Geistiges Wohlergehen	4.47	0.76	94%

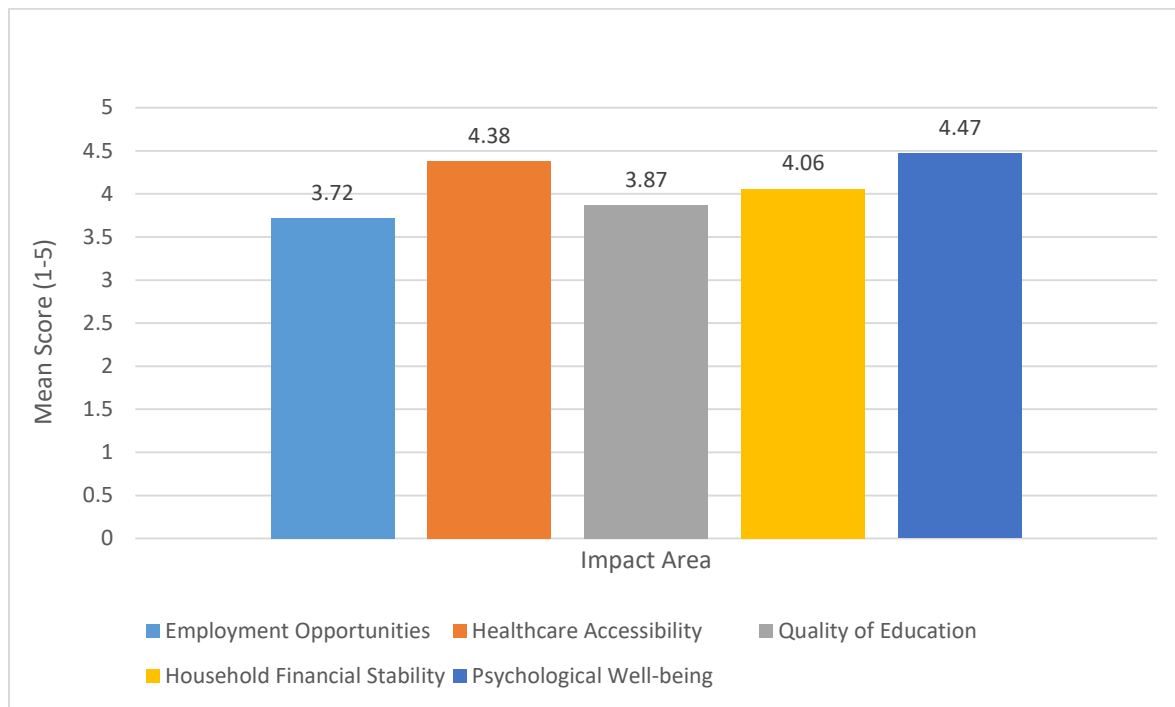


Abbildung 4-1. Visueller Vergleich der Auswirkungen von Sanktionen

Laut Tabelle 4-3 äußerten junge Teilnehmerin (18–25) die höchsten Bedenken hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten (Durchschnittswert: 3,9), was wahrscheinlich die Herausforderungen widerspiegelt, mit denen jüngere Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt aufgrund von Sanktionen konfrontiert sind. Diese Bevölkerungsgruppe zeigte auch eine erhöhte Angst vor Bildungschancen, was mit ihrer Lebensphase übereinstimmt, in der Bildung eine entscheidende Rolle spielt.

Tabelle 4-3. Wahrnehmungen hinsichtlich der Auswirkungen von Sanktionen in den demografischen Gruppen die Teilnehmerinnen

Demografisches Merkmal	Beschäftigungsmöglichkeiten,	Zugänglichkeit im Gesundheitswesen	Qualität der Bildung	finanzielle Stabilität des Haushalts	psychisches Wohlbefinden
Altersgruppe					
18-25	3.9 (Hoch)	3.8 (Mittel)	4.0 (Hoch)	3.7 (Mittel)	4.1 (Mittel)
26-35	3.7 (Mittel)	4.4 (Hoch)	3.9 (Mittel)	4.2 (Hoch)	4.4 (Hoch)
36-45	3.7 (Mittel)	4.5 (Hoch)	3.9 (Mittel)	4.2 (Hoch)	4.4 (Hoch)
46+	3.6 (Niedrig)	4.5 (Hoch)	3.7 (Niedrig)	4.0 (Mittel)	4.6 (Hoch)
Beruf					
Gouverneursbeamterin	3.5 (Niedrig)	4.2 (Hoch)	3.8 (Mittel)	4.0 (Mittel)	4.3 (Mittel)
Erzieherin	3.6 (Niedrig)	4.3 (Hoch)	4.1 (Hoch)	3.9 (Mittel)	4.2 (Mittel)
Gesundheitsprofessorin	3.5 (Niedrig)	4.6 (Sehr hoch)	3.7 (Niedrig)	3.8 (Niedrig)	4.1 (Mittel)
Unternehmerin	3.8 (Mittel)	4.1 (Mittel)	3.8(Mittel)	4.2 (Hoch)	4.3 (Hoch)
Andere	3.7 (Mittel)	4.2 (Hoch)	4.0 (Hoch)	4.1 (Hoch)	4.5 (Hoch)
Bildungsniveau					

Unterhalb der High School	3.8 (Mittel)	4.1 (Mittel)	3.7 (Niedrig)	4.1 (Hoch)	4.5 (Hoch)
Abiturienten	3.7 (Mittel)	4.3 (Hoch)	3.9 (Mittel)	4.0 (Mittel)	4.3 (Hoch)
Hochschule/Assoz. Grad.Deg.	3.6 (Niedrig)	4.2 (Hoch)	4.0 (Hoch)	3.9 (Mittel)	4.2 (Mittel)
Bachelor's+	3.5 (Niedrig)	4.4 (Hoch)	4.1 (Hoch)	4.0 (Mittel)	4.3 (Hoch)
Standort					
Urban	3.7 (Mittel)	4.4 (Hoch)	4.0 (Hoch)	4.0 (Mittel)	4.4 (Hoch)
Ländlich	3.8 (Mittel)	4.1 (Mittel)	3.8(Mittel)	4.3 (Hoch)	4.3 (Hoch)

Teilnehmerinenn mittleren Alters (26–45) äußerten erhebliche Bedenken hinsichtlich der Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung (Durchschnittswert: 4,5) und der finanziellen Stabilität der Haushalte (Durchschnittswert: 4,2), was möglicherweise auf den Druck zurückzuführen ist, sich angesichts wirtschaftlicher und gesundheitlicher Herausforderungen sowohl um Kinder als auch um alternde Eltern zu kümmern.

Die Hauptsorgen ältere Teilnehmerinenn (46+) waren deutlich größer hinsichtlich des psychischen Wohlbefindens (Durchschnittswert: 4,6), was möglicherweise auf eine ausgeprägtere Auswirkung von Sanktionen auf die psychische Gesundheit bei denjenigen hinweist, die eine langfristige Perspektive auf die sozioökonomischen Bedingungen ihres Landes haben.

Angehörige der Gesundheitsberufe gaben die größte Sorge hinsichtlich der Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung an (Durchschnittswert: 4,6), da sie direkte Erfahrungen mit den Herausforderungen des Gesundheitssystems im Rahmen von Sanktionen hatten.

Pädagogen und Studierende äußerten große Besorgnis über die Qualität der Bildung (Durchschnittswert: 4,1), die direkt von Ressourcenknappheit und infrastrukturellen Belastungen für akademische Einrichtungen betroffen sei.

Unternehmerinenn/Geschäftsinhaberinnenn hoben erhebliche Probleme mit der Finanzstabilität der privaten Haushalte hervor (Durchschnittswert: 4,2), was den wirtschaftlichen Druck und die Unsicherheiten widerspiegelt, denen private Unternehmen ausgesetzt sind.

Teilnehmerinenn mit höherer Bildung zeigten in allen Bereichen eine größere Besorgnis, möglicherweise aufgrund eines größeren Bewusstseins und Verständnisses für die vielfältigen Auswirkungen der Sanktionen. Sie berichteten jedoch über etwas niedrigere Werte beim psychischen Wohlbefinden (durchschnittlicher Wert: 4,3), was möglicherweise auf einen besseren Zugang zu Bewältigungsmechanismen oder -ressourcen hinweist.

Stadtbewohner äußerten größere Bedenken hinsichtlich der Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung und der Qualität der Bildung, da sie stärker auf öffentliche Dienste und Institutionen angewiesen seien, die in städtischen Zentren stark beeinträchtigt seien.

Landbewohner gaben höhere Werte bei der finanziellen Stabilität der Haushalte (Durchschnittswert: 4,3) und den Beschäftigungsmöglichkeiten (Durchschnittswert: 3,8) an, was die Auswirkungen der Sanktionen auf die Landwirtschaft und die lokale Wirtschaft widerspiegelt, die in ländlichen Gebieten von entscheidender Bedeutung sind. Diese Analyse legt nahe, dass die Auswirkungen von Sanktionen in verschiedenen demografischen Segmenten unterschiedlich wahrgenommen werden und von spezifischen sozioökonomischen Faktoren, Verantwortlichkeiten und Lebensphasen beeinflusst werden.

4.5 Interpretation der Befunde

Die Interpretation der Ergebnisse dieser Forschung erfordert eine tiefere Integration und Analyse der Daten im Rahmen der vorhandenen Literatur zu Sanktionen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem iranischen Kontext.

4.5.1 Kontextualisierung mit Literaturrecherche

Die Ergebnisse dieser Studie stehen im Einklang mit der vorhandenen Literatur und erweitern diese in mehreren Schlüsselbereichen:

- **Wirtschaftliche Not und Zugang zur Gesundheitsversorgung:**

Im Einklang mit den Erkenntnissen von Peksen (2009) ergab die Untersuchung, dass die iranische Bevölkerung, insbesondere Frauen, aufgrund der Sanktionen mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen in direktem Zusammenhang mit der eingeschränkten Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung, eine Sorge, die mit den Beobachtungen von Kebriaeezadeh et al. (2019) über die Herausforderungen übereinstimmt, mit denen der iranische Gesundheitssektor aufgrund der Sanktionen konfrontiert ist.

- **Auswirkungen auf die Rechte und die Stärkung der Frauen:**

Die Ergebnisse der Studie zu den Auswirkungen von Sanktionen auf die Rechte der Frauen spiegeln die Diskussion von Esfandiari (1997) über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Sanktionen wider.

Die Studie verdeutlicht, wie Sanktionen bestehende Ungleichheiten verschärft und den Zugang von Frauen zu Beschäftigung und Gesundheitsressourcen eingeschränkt haben, und unterstreicht die Notwendigkeit geschlechtersensibler politischer Rahmenbedingungen in Sanktionsregimen.

- **Strategische Reaktion der Regierung:**

Die strategische Reaktion der iranischen Regierung, insbesondere im Gesundheitswesen und in der wirtschaftlichen Diversifizierung, wie sie in politischen Dokumenten belegt ist, spiegelt das von

Aslani und Hejazi (2019) diskutierte Konzept der Widerstandsökonomie wider. Diese Strategien deuten auf eine Anpassung an externen Druck hin und zielen darauf ab, die negativen Auswirkungen von Sanktionen abzumildern.

4.5.2 Neue Muster und Themen

Die Studie identifizierte auch mehrere neue Muster und Themen, die den bestehenden Wissensbestand ergänzen:

- **Diskrepanz zwischen Politik und Umsetzung:**

Es wurde eine erhebliche Lücke zwischen den von der iranischen Regierung formulierten Richtlinien und ihrer tatsächlichen Umsetzung festgestellt, was auf eine „Implementierungslücke“ hindeutet.

Dieses Ergebnis ergänzt Drezners (2011) Diskussion über die Komplexität und Herausforderungen bei der wirksamen Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen von Sanktionen.

- **Psychologische Auswirkungen und gesellschaftlicher Stress:**

Die Interviews zeigten eine bemerkenswerte psychologische Auswirkung der Sanktionen, die durch erhöhten Stress und Angst in der Bevölkerung, insbesondere bei Frauen, gekennzeichnet ist.

Dieses Ergebnis vertieft Galtungs (1967) Theorie über die psychologischen Auswirkungen von Sanktionen und verdeutlicht die konkreten Auswirkungen auf die psychische Gesundheit im iranischen Kontext.

- **Rolle der Zivilgesellschaft und Basisorganisationen:**

Die Studie unterstreicht die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft und Basisorganisationen bei der Abmilderung der Auswirkungen von Sanktionen. Diese Beobachtung steht im Einklang mit der Analyse transnationaler Interessenvertretungsnetzwerke von Keck und Sikkink (1998), die die Bedeutung lokaler und globaler zivilgesellschaftlicher Kooperationen bei der Bewältigung der durch Sanktionen verursachten Herausforderungen hervorheben.

5. Schlussfolgerung und Empfehlungen

5.1 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

In dieser Masterarbeit wurden die Auswirkungen internationaler Sanktionen gegen den Iran untersucht, wobei der Schwerpunkt auf Frauenrechten und Auswirkungen auf die Gesundheit lag. Zu den wichtigsten Erkenntnissen gehören:

1. Wirtschaftliche und gesundheitliche Herausforderungen:

Die Sanktionen haben die wirtschaftlichen Probleme Irans verschärft und sich auf das tägliche Leben und den Zugang zur Gesundheitsversorgung ausgewirkt. Erhöhte Kosten und eine geringere Verfügbarkeit von medizinischer Versorgung haben das Gesundheitssystem erheblich belastet.

2. Auswirkungen auf Frauen:

Frauen waren überproportional von den Sanktionen betroffen, insbesondere in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Frauen stehen vor größeren Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität und beim Zugang zu wesentlichen medizinischen Dienstleistungen.

3. Reaktionen der Regierung:

Die iranische Regierung hat mehrere Strategien umgesetzt, beispielsweise die Förderung der inländischen Pharmaproduktion und die wirtschaftliche Diversifizierung. Es wurde jedoch eine Lücke zwischen der Politikformulierung und der Wirksamkeit der Umsetzung beobachtet.

4. Rolle der Zivilgesellschaft:

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine entscheidende Rolle bei der Interessenvertretung und der Unterstützung derjenigen gespielt, die am stärksten von den Sanktionen betroffen sind. Sie haben daran gearbeitet, Lücken zu schließen, die durch

staatliche Programme entstanden sind, insbesondere bei der Unterstützung von Frauen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

5.2 Theoretische und praktische Implikationen

Theoretisch leistet die Studie einen Beitrag zum Diskurs über die sozioökonomischen Auswirkungen von Sanktionen, insbesondere in Bezug auf Geschlechterfragen. Praktisch unterstreicht es die Notwendigkeit umfassender und geschlechtersensibler politischer Ansätze zur Bewältigung der vielfältigen Auswirkungen von Sanktionen. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Abmilderung negativer Auswirkungen und der Befürwortung politischer Veränderungen.

5.3 Einschränkungen der Studie

Der qualitative Ansatz der Studie liefert zwar tiefgreifende Erkenntnisse, schränkt jedoch die Generalisierbarkeit der Ergebnisse ein. Aufgrund der politisch sensiblen Natur des Themas und der Abhängigkeit von selbst gemeldeten Daten der Teilnehmer können potenzielle Vorurteile bestehen. Zukünftige Forschungen könnten quantitative Methoden für eine umfassendere Analyse der Auswirkungen der Sanktionen einbeziehen. Eingehende Studien, die sich auf spezifische Aspekte wie Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, wirtschaftliche Anpassungen in bestimmten Branchen und langfristige gesellschaftliche Veränderungen konzentrieren, wären von Vorteil.

5.4 Empfehlungen

5.4.1 Politische Empfehlungen

Internationale politische Entscheidungsträger sollten Sanktionsmechanismen entwickeln, die Kollateralschäden, insbesondere für Frauen und Gesundheitssysteme, minimieren. Der iranischen Regierung wird empfohlen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht ihrer politischen Reaktionen zu verbessern und eine wirksame Umsetzung und gerechte Verteilung der Ressourcen sicherzustellen.

5.4.2 Empfehlungen für Zivilgesellschaft und Interessenvertretung

Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Frauenthemen und Gesundheitsversorgung in ihren Interessenvertretungs- und Unterstützungsprogrammen weiterhin Priorität einräumen. Die Stärkung internationaler Netzwerke zum Austausch von Ressourcen und Wissen kann die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen steigern.

5.5 Schlussbemerkungen

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Sanktionen zwar darauf abzielen, politischen Druck auszuüben, ihre umfassenderen sozialen Auswirkungen, insbesondere auf die Rechte der Frauen und die Gesundheitsversorgung, jedoch tiefgreifend und vielfältig sind. Die Reaktionen der iranischen Regierung sind zwar strategisch, stehen jedoch vor Herausforderungen bei der wirksamen Umsetzung. Dies ist für die Interessenvertretung und die Bereitstellung von Unterstützung von entscheidender Bedeutung und unterstreicht die Notwendigkeit umfassender, informierter und geschlechtersensibler Ansätze in der Politikgestaltung und internationalen Diplomatie. Zukünftige Forschungs- und Politikbemühungen sollten diese komplexen Dynamiken weiterhin untersuchen und angehen, um Lösungen zu finden, die die Menschenrechte und das gesellschaftliche Wohlergehen schützen.

Referenzen

- Abrahamian, E. (1982). *Iran Between Two Revolutions*. Princeton University Press.
- Afkhami, M. (1994). *Women in Post-revolutionary Iran: A Feminist Perspective*. In M. Afkhami (Ed.), *Women in Exile*. University of Virginia Press.
- Amnesty International. (2019). *Human Rights in the Islamic Republic of Iran*. Amnesty International Publications.
- Al-Ali, Zaid. *The Struggle for Iraq's Future: How Corruption, Incompetence and Sectarianism Have Undermined Democracy*. Yale University Press, 2014.
- Bakhash, Shaul. (2010). *Iran: Between Tradition and Modernity*
- BBC. (2019). *Iran Protests: Internet Shutdown Implemented 'to Stifle Dissent.'* Retrieved from BBC News.
- Charles Rousseau, *Droit international public, les Relations internationales*, Tome IV (Paris: Sirey, 1979): 453
- Cortright, D., & Lopez, G. A. (2000). *The Sanctions Decade: Assessing UN Strategies in the 1990s*. Lynne Rienner Publishers.
- Drezner, D.W. (2011). *Sanctions Sometimes Smart: Targeted Sanctions in Theory and Practice*. *International Studies Review*, 13(1), 96-108.
- Esfandiari, H. (1997). *Reconstructed Lives: Women and Iran's Islamic Revolution*. The Johns Hopkins University Press.
- Farrokhzad, Puran (2001). *Das Portfolio leistungsfähiger Frauen aus dem Iran*.
- Farrokhzad, Puran (2011), *die Arbeit der effizienten Frauen Irans (von gestern bis heute)*
- Gordon, J. (2010). *Invisible War: The United States and the Iraq Sanctions*. Harvard University Press.
- Gary Clyde Hufbauer, Jeffrey J. Schott, and Kimberly Ann Elliott, (1990) "Economic Sanctions Reconsidered"

• George, Alexander L., and Andrew Bennett. *Coercive Diplomacy: Strategy and Outcome in the Gulf War*. Brookings Institution Press, 1991.

Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace* 2nd edn, New York, 1955)

Harris, K. (2013). The Rise of the Green Movement. *World Affairs*, 175(6), 42-50.

Harris, K. (2014). Sanctions and the Iranian Woman: An Examination of Collateral Damage. *Journal of Middle Eastern Politics*, 21(2), 213-235.

Hufbauer, G.C., Schott, J.J., & Elliott, K.A. (1990). *Economic Sanctions Reconsidered*. Peterson Institute.

Hufbauer, G.C., Schott, J.J., & Elliott, K.A. (2007). *Economic Sanctions Reconsidered*. Peterson Institute for International Economics.

Human Rights Watch. (2020). *World Report 2020: Iran*. Human Rights Watch.

Hurd, I. (2007). *After Anarchy: Legitimacy and Power in the United Nations Security Council*. Princeton University Press.

Karimi, Z. (2017). The Paradox of Women's Progress in the Islamic Republic of Iran. *Journal of Contemporary Middle Eastern Issues*, 5(2), 120-138.

Katzman, K. (2019). Iran Sanctions. *Congressional Research Service Report*, RL34544.

Keohane, R.O., & Nye, J.S. (1977). *Power and Interdependence: World Politics in Transition*. Little, Brown.

Mahdi, A. A. (2004). The Iranian Women's Movement: A Century Long Struggle. *The Muslim World*, 94(4), 427-448.

Maloney, S. (2015). *Iran's Political Economy since the Revolution*. Cambridge University Press.

Mir-Hosseini, Z. (2000). *Islam and Gender: The Religious Debate in Contemporary Iran*. Princeton University Press.

Mir-Hosseini, Z. (2006). Muslim Women's Quest for Equality: Between Islamic Law and Feminism. *Critical Inquiry*, 32(4), 629-645.

- Moghadam, V.M. (2002). *Women, Work, and Ideology in the Islamic Republic*. International Journal of Middle East Studies, 32(2), 223-240.
- Morgan, C. (2014). *The Impact of Economic Sanctions*. Cambridge University Press.
- Morgan, T.C., & Bapat, N.A. (2009). *A Comparative Investigation of Major U.S. Foreign Policy Sanctions*. Comparative Political Studies, 42(8), 1049-1074.
- Nephew, R. (2017). *The Art of Sanctions: A View from the Field*. Columbia University Press.
- Osanloo, A. (2009). *The Politics of Women's Rights in Iran*. Princeton University Press.
- Paidar, P. (1995). *Women and the Political Process in Twentieth-century Iran*. Cambridge University Press.
- Peksen, D. (2009). *Better or Worse? The Effect of Economic Sanctions on Human Rights*. Journal of Peace Research, 46(1), 59-77.
- Salehi-Isfahani, D. (2015). Sanctions and the Iranian Economy: A Preliminary Review. *Iranian Studies*, 48(6), 1025-1042.
- Sanasarian, E. (2000). *Religious Minorities in Iran*. Cambridge University Press.
- Schelling, Thomas. C. (1960), *The Strategy of Conflict*, Cambridge, MA
- Seyyed Ghasem Zamani, *Gesetze internationaler Organisationen: Persönlichkeit, Verantwortung, Immunität* (Teheran: Shahr Danesh Institute of Legal Studies and Research, 2004), 133.
- Sponeck, H. C. von. (2006). *A different kind of war: The UN sanctions regime in Iraq*. Berghahn Books.
- Tahmasebi-Birgani, V. (2020). Women's Rights Movement in Iran and the Role of the International Community. *Journal of Human Rights in the Middle East*, 12(1), 44-60.
- Tohidi, N. (2016). *The Women's Movement in Iran: Women at the Crossroads of Secularization and Islamization*. In V. M. Moghadam (Ed.), *From Patriarchy to Empowerment: Women's Participation, Movements, and Rights in the Middle East, North Africa, and South Asia*. Syracuse University Press.
- Vakil, S. (2011). *Women and Politics in the Islamic Republic of Iran*. Bloomsbury Academic.

Waltz, K.N. (1979). *Theory of International Politics*. Addison-Wesley.

Wendt, Alexander (1999). *Social Theory of International Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.

Woolf, L. (1938). *Economic Sanctions and International Enforcement*. Oxford University Press.

Interviewfragen

Diese Fragen zielen darauf ab, tiefgreifende Einblicke in persönliche Erfahrungen, Wahrnehmungen der Regierungspolitik und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Navigation durch die komplexe sozioökonomische Landschaft zu gewinnen, die durch Sanktionen geprägt ist.

Allgemeine Fragen

1. Können Sie Ihre Gesamterfahrung beschreiben und erläutern, welche Auswirkungen die internationalen Sanktionen auf Ihr tägliches Leben hatten?
2. Welche wesentlichen Veränderungen haben Sie seit der Verhängung der Sanktionen in Ihrer Gemeinde bemerkt?
3. Wie haben sich die Sanktionen auf die finanzielle Situation und Verwaltung Ihres Haushalts ausgewirkt?
4. Haben Sie oder Personen, die Sie kennen, als Reaktion auf die wirtschaftlichen Herausforderungen durch die Sanktionen unternehmerische Unternehmungen gestartet? Bitte erläutern Sie dies.
5. Können Sie die Auswirkungen der Sanktionen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in Ihrer Gemeinde erläutern?
6. Wie wurden die sozialen Beziehungen und die Gemeinschaftsdynamik in Ihrer Gegend durch die Sanktionen beeinflusst?
7. Haben Sie aufgrund der durch die Sanktionen beeinflussten wirtschaftlichen Bedingungen Veränderungen bei der kulturellen Teilhabe und Einschränkungen beobachtet?
8. Wie haben sich die Sanktionen auf Ihren Zugang zu Gesundheitsversorgung und lebenswichtigen Medikamenten ausgewirkt?
9. Vor welchen Herausforderungen standen Sie während der Sanktionen, um sich oder Ihren Familienmitgliedern Bildungschancen zu sichern?
10. Können Sie persönliche Erfahrungen mit Stress oder Angst aufgrund der durch die Sanktionen geschaffenen Bedingungen schildern?
11. Wie haben die Sanktionen Ihre Zukunftsaussichten und Ihre Planungen für Sie und Ihre Familie beeinflusst?

12. Wie effektiv hat die Regierung aus Ihrer Sicht auf die Herausforderungen reagiert, die die Sanktionen mit sich bringen, insbesondere in Bezug auf Frauenrechte und Gesundheitsversorgung?
13. Gibt es bestimmte Regierungsprogramme oder -initiativen, von denen Sie glauben, dass sie einige Auswirkungen der Sanktionen erfolgreich gemildert haben? Geben Sie bitte Beispiele.
14. Waren Sie an Basisaktivismus oder Lobbyarbeit beteiligt oder haben Sie davon gehört, die sich mit den Auswirkungen der Sanktionen auf die Frauenrechte befassten?
15. Welche Rolle kann Ihrer Meinung nach internationale Solidarität bei der Milderung der Auswirkungen der Sanktionen auf Frauen im Iran spielen?
16. Welche Bewältigungsmechanismen oder Anpassungsstrategien haben Sie oder andere in Ihrer Gemeinschaft eingesetzt, um mit den durch die Sanktionen entstandenen Herausforderungen umzugehen?

Fragebogen

Demografische Informationen

1. Alter: _____
2. Geschlecht: _____
3. Wohnort (Stadt, Provinz): _____
4. Beruf: _____

Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen auf einer Likert-Skala von 1 (Stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (Stimme völlig zu)

5. Ich glaube, dass internationale Sanktionen meinen Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt haben.
6. Die Qualität der Gesundheitsversorgung, die mir und meiner Familie zur Verfügung steht, hat sich infolge der Sanktionen verschlechtert.
7. Die Sanktionen haben meine Fähigkeit beeinträchtigt, lebenswichtige Güter und Dienstleistungen, einschließlich Nahrungsmittel und Medikamente, zu erhalten.
8. Die Ausbildung meiner Kinder wurde durch die Sanktionen spürbar beeinträchtigt.
9. Ich musste die Strategien zur Finanzverwaltung meines Haushalts aufgrund der durch die Sanktionen beeinflussten wirtschaftlichen Bedingungen ändern.

Beantworten Sie diese Fragen in einem Absatz.

10. Inwiefern haben internationale Sanktionen Ihren Alltag und Ihre Haushaltsführung beeinflusst?
11. Können Sie Veränderungen in den sozialen Beziehungen und Dynamiken Ihrer Gemeinde infolge der Sanktionen beschreiben?
12. Haben Sie oder jemand, den Sie kennen, als Reaktion auf die wirtschaftlichen Herausforderungen der Sanktionen ein kleines Unternehmen oder ein Unternehmertum gegründet? Bitte beschreiben Sie dies.
13. Inwiefern haben Sanktionen Ihren Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung beeinflusst? Bitte teilen Sie konkrete Erfahrungen mit.
14. Besprechen Sie alle psychologischen Auswirkungen, wie Stress oder Angstzustände, die Sie aufgrund der durch die Sanktionen geschaffenen Bedingungen erfahren haben.
15. Welche Bewältigungsmechanismen oder Anpassungsstrategien haben Sie eingesetzt, um mit diesen Herausforderungen umzugehen?

Fragen an Regierungsvertreter und politische Entscheidungsträger

16. Welche strategischen Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um die Auswirkungen der Sanktionen abzumildern, insbesondere in Bezug auf Frauenrechte und Gesundheitsversorgung?
17. Wie plant die Regierung, Frauen und Familien zu unterstützen, die überproportional von Sanktionen betroffen sind?
18. Gibt es spezielle Programme oder Initiativen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Herausforderungen, mit denen Frauen aufgrund von Sanktionen konfrontiert sind?

Anweisungen zum Ausfüllen: Bitte beantworten Sie alle Fragen nach bestem Wissen und Gewissen. Ihre Antworten sind von unschätzbarem Wert, um die weitreichenden Auswirkungen der internationalen Sanktionen auf die Rechte und das Wohlergehen der Frauen im Iran zu verstehen.